



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

N^o 174.

Freitag den 28. Juli

1848.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 59 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Angelegenheiten der katholischen Schule. 2) Korrespondenz aus Breslau, aus der Provinz. 3) Bitte. 4) Miscellen.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 17—20. (167—170.) Bogen des 6. Abonnem. von 30 Bogen. Berlin Bg. 84. 85. Frankf. Bg. 84. 85.

Preußen.

Berlin, 26. Juli. [Amtl. Art. des Staats-Anz.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den bisher bei der Universität zu Königsberg angestellt gewesenen Professor Dr. Rosenkranz zum vortragenden Rath im Staats-Ministerium mit dem Range eines Rathes erster Klasse zu ernennen; dem Garnison-Stabsarzt a. D., Dr. Jahn zu Minden, und dem Professor der Medizin, Dr. Speranza zu Pavia, den rothen Adlerorden dritter Klasse; so wie dem Privat-Baumeister Mery zu St. Johann, im Kreise Saarbrücken, und dem Unteroffizier Matthias des 18. Infanterie-Regiments die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Angekommen: Se. erzbischöfliche Gnaden der Erzbischof von Köln, von Geißel, von Köln. Se. Excellenz der wirkliche geheime Rath Graf v. Dönhoff, von Frankfurt a. M.

Des Königs Majestät haben gestern in Sanssouci den Kriegs-Minister, Freiherrn v. Schreckenstein, empfangen und mit demselben gearbeitet.

Aus dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist die nachstehende Verfügung erlassen:

„Die medizinische Gesellschaft hat in der Eingabe vom 7ten d. M. auf schleunige Einberufung eines Kongresses von praktischen Ärzten aus allen Provinzen der Monarchie zur Berathung der von der Zeit gebotenen Reformen des Medizinalwesens angetragen. Diefelbe wird inzwischen aus der im preussischen Staats-Anzeiger vom 10ten (S. Bresl. Ztg. vom 11ten d. M.) veröffentlichten Erklärung des Ministeriums die Gründe entnommen haben, welche mich bestimmen, diesem schon anderweitig gestellten, jedoch auch von mehreren Ärzten nicht für zweckmäßig erachteten Antrage nicht stattzugeben. Die Erklärung des Ministeriums hat zwar Widerspruch gefunden und insbesondere einen hiesigen Verein praktischer Ärzte und Wundärzte veranlaßt, in einer durch die Zeitungen veröffentlichten Petition an die zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung berufene Versammlung jenen Antrag zu wiederholen und gegen jede einseitige Gesetzesvorlage des Ministeriums in Betreff der künftigen Medizinal-Versaffung im Voraus zu protestiren. Da von einer einseitigen Gesetzesvorlage von Seiten des Ministeriums in dessen erwähnter Erklärung aber nicht nur nicht die Rede, sondern vielmehr der Wunsch ausgesprochen worden ist, behufs der möglichsten Berücksichtigung der Anträge sämtlicher Ärzte des preussischen Staats die umfassendsten, mit dem Gesetzes-Entwurfe demnächst der National-Versammlung vorzulegenden Materialien zu erhalten, so vermag ich in der gedachten Petition irgend ein haltbares Argument für die Nothwendigkeit eines von der Regierung einzuberufenden medizinischen Kongresses nicht zu finden. — Wenn dafür zunächst angeführt wird, daß die obere Medizinal-Behörde nicht das erforderliche Vertrauen in Anspruch zu nehmen berechtigt sei, so muß ich das Urtheil hierüber von den verfassungsmäßigen Vertretern des Landes erwarten, kann aber dann keinen Grund für die beantragte Maßregel erkennen. Der verlangte Kongress würde der Medizinal-Behörde immer nur beratend zur Seite stehen und bindende Beschlüsse nicht fassen können, vielmehr die Beschlußnahme über die zu machenden Vorschläge und die eigentlichen Gesetzes-Vorlagen lediglich dem verantwortlichen Minister, der hierzu außer den Volksvertretern verfassungsmäßig allein befugt ist, überlassen müssen. — Der ferner in jener Petition der oberen Medizinal-Behörde gemachte Vorwurf, daß sie die Bestimmung im § 251 des von den vormaligen vereinigten Ausschüssen beratenen Strafgesetzs-Entwurfs zugelassen habe, trifft, abgesehen davon, ob in materieller Beziehung dieser Paragraph zu rechtfertigen ist, formell weder mich, noch die Mitglieder der Medizinal-Abtheilung des Ministeriums, da mir damals die Leitung des Ministeriums nicht zustand und weder ich, noch die Medizinal-Abtheilung bei jenem Gesetzesvorschlage betheiligte waren. — Wenn ferner auf die neuerdings angeordneten Lehrer-Konferenzen hingewiesen und dem Ministerium vorgeworfen wird, daß es mit sich selbst in Widerspruch trete, und den Mangel eines leitenden Prinzips bekunde, in-

dem es diese Konferenzen veranlasse und die Einberufung eines ärztlichen Kongresses ablehne, so ist dabei übersehen, daß die eigenthümlichen Verhältnisse der Schulen und der Lehrer keine zutreffende Analogie für die Einleitungen zur Reform der Medizinal-Versaffung darbieten, und daß den Lehrern die Gelegenheit, sich über die in Beziehung auf das Schulwesen von der Regierung beabsichtigten neuen Einrichtungen auszusprechen, bisher nicht in dem Maße geboten war, wie den Ärzten. — Für die Reform der Medizinal-Versaffung ist in den zahlreichen Gutachten über die von dem geheimen Medizinal-Rath Schmidt auf amtliche Veranlassung vor zwei Jahren herausgegebene Schrift ein äußerst reichhaltiges Material enthalten, und in denselben sind die Ansichten, Wünsche und Forderungen des ärztlichen Personals so vollständig und unumwunden und in den Hauptpunkten so übereinstimmend ausgesprochen, daß darüber kaum noch Zweifel obwalten können. Ich verkenne jedoch keinesweges, daß die veränderten politischen Verhältnisse auch auf die künftige Gestaltung der Medizinal-Versaffung nicht ohne Einfluß bleiben dürfen, und daß dadurch mehrfache Modifikationen der eingegangenen Gutachten bedingt werden. Die Regierung ist sich ihrer Pflicht, diesen veränderten Verhältnissen auch in der Medizinal-Versaffung gerecht zu werden, vollkommen bewußt und wird derselben gewissenhaft nachzukommen bemüht sein. — Sie wird aber auch, wie bereits erklärt worden, die auf den freiesten Grundlagen und fern von jeder Bevormundung sich bewegenden Vorschläge, welche ihr zu diesem Zweck von Ärzten oder ärztlichen Vereinen mitgetheilt werden sollten, dankbar annehmen und auf das sorgfältigste in Erwägung ziehen. Erachtet es dem ärztlichen Personal eben so wünschenswerth, wie ich solches nur wünschen kann, sich über diese Vorschläge, mittelst eines von jeder Einwirkung des Ministeriums freien Central-Vereins zu verständigen, so werde ich mich freier einem solchen die Sache offenbar fördernden und vereinfachenden Unternehmen gern allen Vorschub leisten und dem Verein, falls er hier zusammentreten sollte, bereitwillig nicht nur alle Materialien zur Disposition stellen, welche die Akten des Ministeriums enthalten und deren Benutzung bei den zu machenden Vorschlägen etwa gewünscht werden sollte, sondern auch einen dazu geeigneten Rath des Ministeriums veranlassen, dem Central-Verein, der Kürze wegen, im mündlichen Wege jede gewünschte Auskunft zu ertheilen. Auch würde ich nicht Anstand nehmen, auf Verlangen eine geeignete, alles Einflusses auf Personen und auf die Sache sich enthaltende Mitwirkung der Provinzial- und Kreis-Behörden zum Zweck einer leichten Beförderung der Einladungen, so wie zur Ausführung der Wahlen, eintreten zu lassen. — Die Einberufung eines ärztlichen Kongresses durch die Regierung kann ich aber weder für nothwendig, noch in Betracht der damit verbundenen, nicht unerheblichen Belastung der Staats-Kasse bei der jetzigen finanziellen Lage des Staats und den anderweitigen dringenden Anforderungen, welche an denselben gemacht werden, für zulässig erachten. — Dem Gemessen der medizinischen Gesellschaft bleibt es überlassen, hiernach mit anderen ärztlichen Vereinen in Kommunikation zu treten und nach Befinden für die Gründung des angebotenen freien Central-Vereins mitzuwirken. — Berlin, den 25. Juli 1848. — Für den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Im allerhöchsten Auftrage. (gez.) von Ladenberg.

An die medizinische Gesellschaft zu Magdeburg“ (St. Anz.)

† Berlin, 26. Juli. [Die neue Gemeinde-Ordnung.] Nicht am vergangenen Sonnabend, sondern erst heute hat die Verfassungs-Kommission ihre Arbeiten, einschließlich die Redaction derselben, vollendet. Viele Stellen sind nachträglich noch gänzlich umgeändert worden, da man in der Eile der Arbeit auf die Präcision des Ausdruckes nicht besonders acht gegeben hatte. — In der heutigen Besprechung über den Entwurf zur neuen Communal-Ordnung äußerte der Minister des Innern, daß dieser Entwurf noch keinesweges zur Vorlage für die National-Versammlung bestimmt sei, sondern nur als ein Leitfaden zur näheren Besprechung zwischen dem Ministerium und den aus den verschiedenen Provinzen eingeladenen Abgeordnete-

ten betrachtet werden müsse. Der Entwurf selbst ist von dem Regierungs-Rathe Delius ausgearbeitet, und dient allerdings nur gewissermaßen als Unterlage, auf welcher nach den gepflogenen Berathungen die neue Gemeinde-Ordnung aufgebaut werden soll. Ich kann Sie jedoch schon im Voraus versichern, daß man auf unsere vortreffliche Städteordnung von 1808 bei der Ausarbeitung selbst nur wenig Rücksicht nehmen und auch hier das rheinländisch-belgische Element vorziehen wird. Die Herren Hansmann und Kühlwetter sollen sich über die Städte-Ordnung von 1808 nicht sehr günstig geäußert, und unter allgemeiner Bestimmung der rheinländischen Abgeordneten dem westlichen Gemeinwesen eine besondere Lobrede gehalten haben. Es steht demnach, da ja die Minister in solchen Fällen die Majorität haben, unserer östlichen Kommunalverwaltung eine außerordentliche Veränderung bevor, und Breslau wird demnach wohl thun, sich mit der Wahl eines Ober-Bürgermeisters nicht zu beeilen. Denn hat auch das Ministerium in dieser Hinsicht die meisten Fragen als offene erklärt, so wird es doch vom Principe der Eintheilung in Gemeinden, Bürgermeistereien und Kreise und activen Theilnahme der Magistrate an den Berathungen des Gemeinderathes gewiß nicht abgehen. Von den Abgeordneten der östlichen Provinzen sind große Bedenken gegen die Bestimmung erhoben worden, daß der Vorstand durchaus aus der Mitte des Gemeinderathes erwählt werden muß; aber diese Bedenken sind weder vom Ministerium noch von den rheinischen Deputirten anerkannt worden. Nur die äußerst geringe Zahl der Mitglieder des Gemeinderathes (7—9—11—13 u. s. w.) wird vermehrt werden, so daß die Zahlen nach der Zunahme von 500 Einwohner immer um 5 (statt um 2) zunehmen. — Sowohl die projectirte Gemeinde-Ordnung, als auch die Kreis- und Bezirks-Ordnung, ist nach der Ansicht des Ministeriums als eine Vermittelung des (französischen) Präfektur- und (deutschen) Collegial-Systems zu betrachten. Die Bezirksauschüsse, welche aus den Repräsentanten der Bezirke hervorgehen, sind eine Art Regierung, jedoch bestehend aus Gewählten und nicht Angestellten. — Die Central-Abtheilung, welche über den Bucherschen Antrag auf sofortige Aufhebung des Gesetzes vom 31. Januar 1845 zu berichten hat, schlägt folgenden Gesetzes-Entwurf vor: § 1. Das Gesetz vom 31. Januar 1845, betreffend die Zulässigkeit von Beiträgen über unablässliche Geld- und Getreide-Abgaben (Ges.-Samml. S. 93) ist aufgehoben. § 2. Abgaben, deren Ablösbarkeit auf Grund dieses Gesetzes vertragsmäßig ausgeschlossen oder beschränkt worden ist, unterliegen der Ablösung nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

3 Berlin, 26. Juli. [Miroslawski. Konstabler. Die berliner Chamäleone.] Miroslawski, aus der Gefangenschaft befreit, hat sich gestern ohne alles Aufsehen auf der potsdamer Eisenbahn nach Frankreich zurückbegeben. Er soll die Verpflichtung eingegangen sein, vorläufig nicht das preussische Gebiet zu betreten. Die Befürchtungen, welche sich an eine bevorstehende Schilderhebung im Großherzogthum Posen knüpften, sind in den Hintergrund getreten. (Wahrscheinlich wohl, weil sie ohne Grund waren.) — Im Ganzen will es dem neuen Institute der Konstabler nicht gelingen, sich so recht in der öffentlichen Meinung festzusetzen und Konflikte erster Art sind schwerlich zu

vermeiden. Bereits der Polizei-Präsident von Arnim, der Anfangs der 30er hier fungirte, legte geeigneten Orts ein Memoire vor, worin er den Vorschlag macht, die Polizei aus dem Bürgerstande zu rekrutiren; er nannte dies: Den verhafteten Polizeioock zu Ehren bringen. Natürlich drang er nicht durch. — Der politische Wankelmuth der Berliner zeigt sich übrigens jetzt in hellem Lichte, viele Leute legen die deutschen Kokarden mit Ostentation bei Seite und stecken sich preussische Kokarden in kolossalen Formen an. Geht das hier so fort, so können wir auch bald eine Emute haben, worin die Berliner rufen: „Nieder mit Deutschland!“ — Herr Camphausen befand sich viel in der nächsten Umgebung des Königs und man sagt, daß Beckerath ein Portefeuille angeboten sei.

□ Berlin, 26. Juli. [Zur Charakteristik des konstitutionellen Congresses] hebe ich zwei der gefaßten Beschlüsse hervor, deren Entstehungsgeschichte man kennen muß, um sie gehörig zu würdigen. Es ist dies der § 1 des Statutes: „Wie wollen die konstitutionelle Monarchie mit konsequenter Durchführung demokratischer Grundsätze im Staats- und Gemeindeleben“ und der Beschluß in Folge eines Plakates des Preußenvereins. Nachdem es schon der ersten Sitzung mit Mühe gelungen war, eine principielle Debatte herbeizuführen, war für die zweite Sitzung mit Uebergehung der Debatte über das Wesen des konstitutionellen Königthums die Berathung des Organisationsstatutes auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die linke Seite (ich bediene mich dieses gebräuchlich gewordenen Ausdrucks für die Partei, welche in der deutschen Sache die Einheit, in der Frage über das Wesen der konstitutionellen Monarchie das demokratische Prinzip am schärfsten fest hält), konnte an einer Debatte über die Organisation der Vereine so lange kein Interesse haben, bis es sich nicht herausgestellt, ob die zu organisirenden Vereine auch in der That von gleichen Grundsätzen geleitet würden, während die rechte Seite principiellen Debatten möglichst auszuweichen suchte. Der § 1 lautet in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung: „Die konstitutionellen Vereine verbinden sich zu gemeinsamer Thätigkeit.“ Hiermit war ein Princip der Vereinigung gar nicht ausgesprochen. Der vorgeschlagene Ausdruck „demokratisch-konstitutioneller Verein“ stieß auf Schwierigkeiten, weil viele Mitglieder eine Umänderung des Namens der einzelnen Vereine für unthunlich hielten, wogegen andere darauf aufmerksam machten, daß in gewissen Gegenden die Bezeichnung „konstitutionell“ mit reaktionär gleichbedeutend geworden sei. Um wenigstens eine Debatte über den Zweck der Vereinigung einigermaßen möglich zu machen, und um sofortige Abstimmung zu verhindern, wurden verschiedene Amendements schleunigst eingereicht. Ein Amendement von Prus, welches zwar etwas weitschweifig und auch nicht ganz klar war, fand doch noch den meisten Beifall, weil es die Verwirklichung der Demokratie innerhalb der Monarchie als Zweck besonders hervorhob. Doch konnte es im Allgemeinen auch nicht befriedigen, einmal wegen Mangel an Präcision, sodann weil es Ueberzeugung, für die demokratisch-konstitutionelle Monarchie sei die Mehrheit des Volkes gestimmt, gewissermaßen als Grund der demokratisch-konstitutionellen Tendenz der Vereine hinstellte, während die demokratisch-konstitutionellen Vereine ihre Tendenz, sobald sie als richtig erkannt ist, doch auch dann festhalten müßten, wenn sie sich in der Minorität befänden. Ehe es den Abweichenden möglich war, sich über eine geeignetere Fassung zu verständigen, wurde schon der Schluß der Debatte beliebt. Erst nach dem Schluß der Debatte trat die Kommission mit einem ganz neuen Antrage auf, nämlich mit der Fassung, welche oben im Eingange für § 1 angeführt ist. Eine Debatte hierüber wurde nicht gestattet; ein Unter-Amendement von Honigmann zum Prus'schen Antrage, welches die Mängel des letzteren zu beseitigen suchte, wurde zwar zur Abstimmung zugelassen, doch wurde dem Antragsteller keine Motivirung desselben gestattet. Da der neue Antrag der Kommission präcis war, und auch das demokratische Prinzip hervorhob, so war eine Zersplitterung der Stimmen zu befürchten, und Honigmann zog deshalb sein Amendement zurück. Nach einigem Schwanken entschied sich doch eine Anzahl von Mitgliedern der linken Seite gegen den Kommissionsantrag und für das Prus'sche Amendement zu stimmen, oder vielmehr, sie hätten am liebsten gegen alle vorliegenden Anträge gestimmt, weil sie es scharf ausgesprochen haben wollten, daß sie die konstitutionelle Monarchie gerade als Mittel zur Verwirklichung der Demokratie wollten, daß es ihnen in erster Reihe nicht auf die Staatsform, sondern auf den Inhalt derselben ankomme. Der Kommissionsantrag wurde indes gegen etwa 20 Stimmen angenommen. Diese 20 gehörten aber sämmtlich der entschieden demokratisch-konstitutionellen Richtung an, eine wesentliche Differenz fand also hierin gar nicht statt, die demokratisch-konstitutionelle Tendenz der Vereine ist als einstimmig angenommen zu betrachten. Freilich werden sich wohl in der Praxis

Differenzen genug herausstellen, wenn es sich bei einzelnen Kundgebungen darum handeln wird, die demokratischen Grundsätze konsequent durchzuführen. Gerade in diesen Konsequenzen können sehr bedeutende Abweichungen zu Tage kommen, da man sich über die Grenzen derselben noch gar nicht ausgesprochen hat. — Ein zweiter Punkt, welcher ebenfalls hauptsächlich deshalb aufgegriffen wurde, um den Kongress zu einer Erklärung über seine Auffassung von Reaktion zu nöthigen, betraf ein Plakat des hiesigen Preußenvereins, worin die neuesten Frankfurter Beschlüsse in der Art dargestellt wurden, als bezweckten sie den völligen Untergang Preußens, und worin ziemlich unverblümt das Volk zur Auflehnung dagegen aufgereizt wurde. Bracht aus Elberfeld stellte den Antrag: „Der Kongress möge seine Entrüstung darüber aussprechen und das Plakat als Verrath am Volke und Hochverrath an Deutschland erklären.“ Der Antrag verursachte große Aufregung. Honigmann und Götschen sprachen mit vieler Wärme dafür. Grüter stellte den Antrag, der Kongress möge zugleich erklären, daß das Plakat aus einer unrichtigen Auffassung der Verordnung des Reichskriegsministeriums über die Huldigung des Militärs hervorgegangen sei und daß nach der Ueberzeugung des Congresses diese Huldigung sich nur auf den Fall beziehe, wenn die Truppentheile zum Bundeskontingente beordert würden. Der Antragsteller erwähnte dabei, daß der gedachte Erlaß eine solche Aufregung hervorgebracht habe, daß eine Militärevolution bevorstehe, wenn er ausgeführt würde. Die Aufregung wurde nach dem Schluß der Debatten so groß in der Versammlung, daß die Sitzung zu Privatgesprächen der Vereine auf einige Zeit ausgesetzt werden mußte. Offenbar stimmte ein Theil nur mit Widerwillen für den Antrag von Bracht, wagte aber doch nicht, sich entschieden zu widersetzen, dagegen war die rechte Seite entschieden, den Grüter'schen Zusatz-Antrag nicht fallen zu lassen, die linke aber, diesen zu verwerfen und auf einem ungeschwächten Ausdruck der Entrüstung zu beharren. Eine Trennung der Versammlung war unvermeidlich, wenn der Bracht'sche Antrag verworfen wurde. Es wurde deshalb während der Suspension der Sitzung eine Einigung der Parteien dahin bewirkt, daß Grüter sein Amendement zurückzog und es später als eigenen Antrag einbrachte. Nachdem noch Bracht erklärt hatte, daß es ihm nicht sowohl auf den Wortlaut seines Antrags, als auf die Sache ankomme, wurde der Bracht'sche Antrag gegen 2 Stimmen angenommen. Die Abgeordneten des schlesischen Centralvereins, so wie des Gorfauer und des Raumburger Vereins enthielten sich der Abstimmung. Hierauf wurde der Verabredung gemäß der Grüter'sche Antrag ziemlich einstimmig angenommen, obgleich ein Theil nur mit Widerstreben im Interesse der Einigkeit in einer so wichtigen Sache dafür stimmte. Das Ungeordnete derselben lag besonders darin, daß der Congress eine Erklärung darüber abgeben sollte, von welchen Voraussetzungen der Preußen-Verein ausgegangen sei, während der Congress doch unmöglich Kenntniß davon haben konnte. — Die von einer Kommission auf der Stelle abgefaßte Erklärung gegen den Preußen-Verein wurde durch Akklamation genehmigt und augenblicklich zum Druck gegeben. Nach Belesung der Erklärung traten ihr sowohl die Vereine, welche anfänglich gegen den Antrag gestimmt hatten, als auch diejenigen, welche sich der Abstimmung enthalten hatten, nachträglich bei, so daß sie einstimmig abgegeben worden ist. Fassen wir nun die Hauptresultate des Congresses zusammen, so müssen wir sagen, daß im Allgemeinen die Stimmung für eine kräftige Einheit Deutschlands und für die Unterordnung der Einzelstaaten unter das Gesamtvaterland die herrschende war. Eine Partei mit starker lokaler Färbung war zwar vorhanden, wagte aber zum größten Theile nicht mit Entschiedenheit aufzutreten. Wenn sie daher auch die auf die Einheit Deutschlands bezüglichen Anträge, welche fast nur von der linken Seite gestellt wurden, in ihrer Wahrheit nicht bekämpfte, so bekundeten sie doch ihr Vorhandensein durch Passivität und eine gewisse Laueheit bei Gelegenheiten, wo sich die überwiegend deutsche Gesinnung der Mehrheit in äußern Manifestationen zeigte. Sowohl bei den Reden als bei den Toasten haben wir diese Bemerkung gemacht. Den Abgeordneten des schlesischen Centralvereins gebührt die Anerkennung, daß sie ihre Meinung auch in Rede und Abstimmung entschieden vertreten haben. Was die Auffassung des demokratisch-konstitutionellen Prinzips betrifft, so hat der Kongress darüber kein Resultat ergeben können, weil darüber keine Debatte stattgefunden hat. Die zu erwartenden Manifestationen der einzelnen Vereine oder der Gesamtheit derselben, werden uns erst darüber belehren, wie weit die einzelnen Schattierungen der konstitutionellen Partei auseinandergehen. Als ein Sieg ist es zu betrachten, daß wenigstens das demokratische Prinzip als Grundlage der Vereinigung anerkannt ist. Es wird Sache der entschieden demokratisch-konstitutionellen Seite sein, auf den Konsequenzen dieses Prinzips zu bestehen. — Ob der Kongress bedeutende praktische Resultate haben wird, steht noch dahin, die Organisationsfrage wurde ziemlich rasch ab-

gemacht und es wird hauptsächlich Sache der Vereine in den größeren Städten sein, durch Bildung von Kreisvereinen die Concentration von unten auf ins Leben zu rufen und auf eine schärfere Ausprägung der leitenden Grundsätze hinarbeiten. Ohne eine größere Klarheit in dieser Beziehung halten wir jede kräftige Einigung für unmöglich und würden es deshalb für viel weniger schlimm halten, wenn auch auf diesem Wege zwei Fraktionen in der konstitutionellen Partei einander offen gegenüber zu stehen kämen, als wenn die gegenwärtige Unbestimmtheit fortdauerte. Eine Vereinigung zu gemeinsamer Wirksamkeit ist nur möglich, wenn man sich der Verschiedenheiten bewußt ist, weil dann auch die noch übrigen Vereinigungspunkte schärfer hervortreten.

Berlin, 26. Juli. [Tagesbericht des Korrespondenz-Bureau's.] Wie es heißt, beabsichtigt das Gouvernement, die National-Versammlung nach Berathung der Verfassung, der Gemeinde- und der Bürgerwehr-Ordnung aufzulösen, alsdann jedoch sofort dieselbe Vertretung einzuberufen, welche durch die bis dahin genehmigte Verfassung zur Theilnahme an der Gesetzgebung berechtigt sein wird. Von Seiten der Linken wird die von der Regierung projektierte Gemeinde-Ordnung heftigen Widerspruch zu erwarten haben. In den Vorversammlungen war man darüber einig, daß der Entwurf die Vorzüge der alten Gemeindeverfassung entziehe, ohne deren neue hinzuzubringen. — Von Schlessien aus wurden dem Ministerium Vorschläge zur Errichtung von Waisenhäusern, namentlich im Interesse der durch den Hungertyphus in Oberschlessien verwaisten Kinder gemacht. Das Gouvernement, besonders der Finanzminister Hansemann, hat sich indes aufs Bestimmteste gegen das System der Erziehung in Waisenhäusern erklärt und sich dahin ausgesprochen, daß aus Staatsmitteln Unterstüßungen nur zur Familienerziehung gewährt werden sollen.

Gegen die Concentrirung der Gewalt zu Frankfurt spricht sich hier immer entschiedener die Meinung eines Theiles der Bevölkerung, vor allem aber des Militärs aus. In einzelnen Kompagnien der hiesigen Garnisonstruppen haben sämmtliche Unteroffiziere und Soldaten die bestimmte Weigerung ausgesprochen, dem Reichsverweser den Huldigungseid*) zu leisten. Auch die Presse bleibt dieser Gesinnung nicht fremd. Nicht nur die „deutsche Wehrzeitung“, auch die durch die einflußreichsten Personen des alten Regime geleitete „neue preussische Zeitung“ spricht dieselbe unumwunden aus. Sie nennt den „kühnen Griff“ des Herrn v. Sagen einen „vorher wohl überlegten Pfiff“, und schreibt die Anweisung, welche der Reichskriegsminister an die „Landeskriegsminister“ erläßt, einer „sonderbar benebelnden Kraft der Frankfurter Luft zu.“ — Seitens unseres Gouvernements hat man zwei Kammergerichtsräthe (von denen der eine Herr v. Bülow) und zwei Räte aus dem Ministerium des Innern nach dem Großherzogthum Posen mit unumschränkter Vollmacht gesandt. Die Delegirten sind beauftragt, die dortigen Gefängnisse zu revidiren, die über die in der letzten politischen Insurrektion Compromittirten geführten Untersuchungsakten zu prüfen und wo es irgendwie thunlich, die Untersuchungen niederzuschlagen und die Gefangenen frei zu lassen. Man hofft auf diesem Wege der von der National-Versammlung niedergesetzten Kommission zur Prüfung der Posener Angelegenheiten entgegenzukommen und so etwaigen Vorwürfen der polenfreundlichen Partei der National-Versammlung zu entgehen. — Hr. v. Kirchmann trat gestern Behufs seiner Neuwahl zum ersten Male vor den versammelten Wahlmännern auf. Man schien durch seine Berichterstattung über seine Wirksamkeit in der Kammer sehr befriedigt, bis ein Wahlmann Hr. v. K. über seine Ansichten in der deutschen Frage interpellirte und Hr. v. K. sich für die äußersten Konsequenzen in den einheitlichen Bestrebungen Deutschlands erklärte; diese „äußersten Konsequenzen“ erschreckten einen nicht unbedeutenden Theil der Wahlmänner, so daß die Aussicht für Hr. v. K., wiedergewählt zu werden, mindestens eine sehr schwankende ist.

Hr. Camphausen, der seit einigen Tagen wieder unter uns weilt, hat gestern eine Privataudienz beim Könige in Charlottenburg gehabt. Wie man vernimmt, ist Herr Camphausen ausersehen, als Bevollmächtigter der preussischen Regierung nach Frankfurt a. M. zu gehen, um den von dem Reichsverweser gewünschten Zusammenhang mit den einzelnen deutschen Regierungen preussischer Seite zu vermitteln. (Nat.-Z.)

Köln, 24. Juli. (Eine Audienz.) Eine heute unserm Vorstande des Central-Dombau-Vereins zugegangene Benachrichtigung zufolge, haben Se. Majestät der König in einer am 22ten d. M. der Deputation des Vorstandes erteilten Audienz die in der überreichten Adresse ausgedrückten Wünsche und Bitten des Vorstandes huldreichst entgegengenommen und gleichzeitig erklärt, daß Allerhöchstdieselben es sich zur

*) Von einem Eide ist gar nicht die Rede. R e b.

größten Freude anrechnen würden, bei der Säcularfeier am 14. August d. J. zugegen sein zu können. Eine feste Zusicherung lässe sich gleichwohl unter den obwaltenden Zeitumständen nicht geben, wenn aber außerordentliche Ereignisse dem Vorhaben nicht in den Weg träten, würden Ihre Majestäten den Tagen des Festes beizuwohnen. Se. Majestät vernahmen zugleich mit Interesse den Auftrag derselben Deputation nach Wien an den Reichsverweser Erzherzog Johann, erwähnten dabei der langjährigen innigsten Beziehungen zu dem Erzherzoge und entließen die Deputation mit den Worten: Gott gebe, daß wir uns bald vergnügt wiedersehen! Die Deputation hat noch an demselben Abend ihre Reise nach Wien fortgesetzt. (Köln. 3.)

Köln, 24. Juli. [Der ministerielle Entwurf zur Bürgerwehr-Ordnung wird verworfen.] Gestern trat ein großer Theil der hiesigen Bürgewehr auf dem Gürzenich zu einer Berathung über den vom Ministerium veröffentlichten Entwurf der neuen Bürgerwehr-Ordnung, resp. zur Abfassung eines Protestes dagegen zusammen. Nachdem sämtliche Redner sich dahin geäußert, daß der vorgelegte Entwurf in seinen Prinzipien und seiner Durchführung unhaltbar sei, ward ein von mehreren Mitgliedern der Versammlung abgefaßter Gesekentwurf vorgelegt. Derselbe kam jedoch nicht zur Berathung, weil ein Redner, der Adv.-Anw. Rheinstein, darauf hinwies, daß eine neue allgemeine Wehordnung für ganz Deutschland baldigst von der National-Versammlung in Frankfurt zu erwarten und demnach jeder neue Vorschlag vorläufig nutzlos sei. (Köln. 3.)

Königsberg, 23. Juli. [Excesse.] An einigen Orten hiesigen Landkreises, namentlich auf den Gütern Jamsau und Wosfordorf 1 1/2 Meile von hier, sind gestern und vorgestern wieder ernstliche Unruhen unter den Instleuten und Knechten ausgebrochen und es haben Kommando's der hiesigen Kürassiere zur Unterdrückung der Tumulte abgehen müssen. Bis zur Ankunft der Kürassiere sollen die Tumultuanten schon arge Excesse verübt haben, besonders sind die Gutsherren schweren Mißhandlungen ausgesetzt gewesen; den einen haben die Aufrührer in allem Ernste aufgehängt wollen und nur durch einen besonderen Zufall soll er diesem entgangen sein. Noch sind die Kürassiere nicht zurückgekehrt. (Pos. 3.)

Thorn, 22. Juli. [Die Nachrichten von einem zu erwartenden Aufstande der Polen sind unwahr.] Die Nachrichten, welche von glaubwürdigen Personen aus dem angrenzenden Landestheile des Großherzogthums Posen, aus Kujawien, hierher gelangen, laufen alle darauf hinaus, daß die Bevölkerung daselbst ganz ruhig ist und sich auch da nicht die geringste Spur wahrnehmen läßt, welche auf eine neue auszubrechende Insurrektion hindeutet. Die Polen selbst widersprechen diesem Gerüchte auf das Entschiedenste und erklären dasselbe als eine Erfindung der reaktionären Partei im Großherzogthume, welche nach der blutigen Pacifikation dieser Provinz ihrem Uebermuth alle Zügel schießen läßt. Wenn man die zeitigen Zustände des Großherthums erwägt, so findet man die Absicht einer neu zu organisierenden Insurrektion sehr unwahrscheinlich. Der letzte Aufstandsversuch hat die polnischen Grundbesitzer zu sehr erschöpft, außerdem sind ihre Güter zu bedeutend mit Schulden belastet, als daß sie, die Seele aller politischen nationalen Bewegungen, von Geldmitteln entblößt, einen zweiten Aufstand in so kurzer Zeit in's Leben rufen sollten und könnten. Hiermit soll aber nicht in Abrede gestellt werden, daß die Erbitterung der polnischen Bevölkerung sehr groß ist, namentlich gegen die Juden, welche sie allgemein als Verräther ihrer nationalen Sache betrachtet. Bei einer solchen Gemüthsstimmung dürfte das Nachgefühl sehr leicht blutige Excesse veranlassen. (Nat. 3.)

* Posen, 23. Juli. [Rußlands Rüstungen.] Rußland rüstet nach allen Seiten. Nach Nachrichten aus Odessa herrscht seit mehreren Monaten im dortigen Arsenal die größte Thätigkeit, die russische Flotte im Schwarzen Meere mit allen Kriegsbedürfnissen zu versehen; namentlich erhalten die Schiffe eine größere Anzahl von schweren Geschützen. Die Stärke der auf der dortigen Rhyde segelfertig liegenden, theils aus Dampf- theils aus Segelschiffen bestehenden Flotte wird nicht der Zahl nach angegeben, jedoch als sehr bedeutend geschilbert. Auch eine Anzahl größerer Transportschiffe sind ausgerüstet oder noch in der Ausrüstung begriffen. Zugleich wird hinzugefügt, daß bereits ein starkes Geschwader, das zum Theil aus Dampfschiffen besteht, von Odessa ausgelaufen sei, um vor den Donau-Mündungen zu kreuzen. — Das Groß-russische Landmacht, das täglich verstärkt wird, steht in Litthauen, Wolhynien, dem Bug entlang, in Podolien und in Bessarabien vorgeschoben bis gegen Galacz und Ismail. — Bei Abgang dieser Nachrichten war das Ueberschreiten des Pruth durch russische Truppen noch nicht bekannt, doch glaubte man allgemein, daß Rußland die Moldau und Walachei okkupiren werde. (Was, wie bekannt, bereits geschehen ist.)

Die Posener Btg. enthält folgende Bekanntmachung: „In der Bekanntmachung des königl. Kommissarius, General der Infanterie, Herrn v. Pfiel Excellenz vom 30. Mai, ist der königl. Kammerherr Graf Heliodor Skorzewski zu Prochnowo als Theilnehmer an der Insurrektion und namentlich als Organisator en chef des Chodziesener Kreises bezeichnet. Die dieserhalb angestellten näheren Ermittlungen haben jedoch ergeben, daß obige Angabe auf einem Irrthum beruht und daß der Graf Skorzewski an den insurrektionellen Bewegungen in der Provinz in keiner Weise sich betheiliget hat. Derselbe hat sich vielmehr schon Ende März, um dem vereinigten Landtage beizuwohnen, nach Berlin begeben und hat während der Dauer der Unruhen die Provinz nicht wieder betreten. Ich halte mich verpflichtet, dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. — Posen, den 24. Juli 1848. — Der Ober-Präsident des Großherzogthums Posen, von Beurmann.“

Kopenhagen, 22. Juli. Die ganze unterhandelnde Diplomatie hat sich von Malmö an die deutsch-dänische Gränze, inmitten der beiden Hauptquartiere gezogen und die neuesten hiesigen Nachrichten über die Waffenstillstands-Unterhandlungen sind in einem Briefe der Berlingschen Zeitung aus Kolding vom 20ten enthalten. Am 19ten, Morgens, waren dort der Kammerherr Needy und General Dholm in Gesellschaft des englischen Gesandten Wynn und des schwedischen Gesandten Lagerhjelm angekommen. Es wurden sofort Stafetten an die beiden kommandirenden Generale geschickt, von denen der General Hedemann auch nach Kolding kam, allein gleich wieder zurückkehrte. General Wrangel sandte den Grafen Pourtales, General Oriola und den General Grafen Münster. Man kam um 6 Uhr Nachmittags in Bellevue vor Kolding mit den benannten Gesandten zusammen und die Konferenzen dauerten bis 10 1/2 Uhr. Am 20ten gingen der schwedische und englische Gesandte und der General Dholm nach Kopenhagen zurück, Kammerherr Needy ins dänische Hauptquartier. Ueber die Unterhandlungen selbst wußte man in Kolding nichts Näheres, und arbeitete an den Ber-schanzungen weiter.

Am Tage vorher hatte die Berlingsche Zeitung gesagt: Nach dem, was wir erfahren, ist es so gut als ausgemacht, daß der früher besprochene Waffenstillstand nicht abgeschlossen werde. Vom Heere wird in jütischen Blättern gemeldet, daß General Hedemann seit dem 17. sein Hauptquartier nach Veile verlegt.

Das Dampfschiff „Waldemar“ ist nordwärts mit Truppen und auch die Fregatte „Thetis“ ist nordwärts absegelt. Die Dänen hoffen, daß die verfrühten Nachrichten vom Abschluß des Waffenstillstandes ihnen viele deutsche, insbesondere preussische Schiffe, die bisher in England gewartet, zuführen werden. Es sind heute wieder vier preussische Schiffe verurtheilt, ebensoviel am 19., und heute ist auch ein Rostocker Schiff mit Beschlag belegt.

Der Erbprinz Ferdinand und seine Gemahlin sind mit dem „Neyr“ von Malmö zurückgekehrt. Es heißt, daß der König Friedrich VII. nächstens wieder nach Malmö gehe, um noch einmal zu versuchen, ob König Oscar nicht zu bewegen ist, Schweden und Norwegen in einen gefährvollen Krieg zu stürzen, einzig und allein, damit das dänische Kriegsministerium sich einige Monate länger halte.

Deutschland

Frankfurt, 22. Juli. Folgendes ist der Text eines unter dem 16ten d. M. durch das Reichsministerium an die deutschen Kriegsministerien erlassenen Rundschreibens:

Der von der constituirenden deutschen Nationalversammlung nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 erwählter Reichsverweser Erzherzog Johann von Oesterreich hat am 12ten Juli d. J. die Leitung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland übernommen, sofort am 13. Juli das Ministerium gebildet, und hierbei den unterzeichneten königl. preussischen General-Major Eduard von Peucker zum Reichskriegsminister ernannt. — Der Erzherzog Reichsverweser hat bereits ein Notifikations Schreiben in Betreff der Constitution der provisorischen Centralgewalt an alle deutsche Regierungen erlassen. Da jedoch die Ausfertigung desselben durch die zeitige Abwesenheit des Reichsverwesers von hier einige Verzögerung erleiden dürfte, so beehrt sich der unterzeichnete Reichskriegsminister, seine Ernennung hierdurch zur Kenntniß des Ministeriums des Kriegs mit dem Bemerken zu bringen, daß die provisorische Centralgewalt für Deutschland in Ausübung der nach dem Gesetze vom 28ten Juni 1848 zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Funktionen, auf die thätige und vertrauensvolle Mitwirkung aller deutschen Regierungen zählt. — Der unterzeichnete Reichskriegsminister hat demnach die Ehre, das Kriegsministerium schon jetzt zu ersuchen, in allen in den Wirkungskreis des Reichsministeriums des Kriegs gehörenden Angelegenheiten mit demselben sogleich in Verkehr zu treten, die Truppen seines Bereichs aber anweisen zu wollen, die ausnahmsweise in besonders dringenden Fällen an solche unmittelbar vom Reichskriegsministerium ergangenen Befehle sofort zu befolgen. Derselbe wird dem aufrichtigsten Danke alle Mittheilungen entgegennehmen, welche ihn in den Stand setzen, die eigenthümlichen Zustände und Bedürfnisse der verschiedenen deutschen Bundestruppen so genau als möglich kennen zu lernen, und bittet um Erwidrerung des vollen und offenen Vertrauens, mit welchem derselbe hiermit seine amt-

lichen Verbindungen antnüpft. — Da der Erzherzog-Reichsverweser mit der provisorischen Centralgewalt auch die Oberleitung der gesammten deutschen bewaffneten Macht übernommen hat, so findet sich das Reichskriegsministerium verpflichtet, zu veranlassen, daß von diesem Akte die gesammten deutschen Bundestruppen durch feierliche Verkündigung des beigeschlossenen, an das deutsche Volk erlassenen Aufrufes Kenntniß erlangen, und gleichzeitig ihnen Gelegenheit gegeben werden, dem Reichsverweser ihre öffentliche Huldigung darzubringen. Zu diesem Zwecke haben Sonntag den 6. Aug. 1848 alle deutschen Bundestruppen in ihren Garnisonen in Parade auszurücken, wonächst der vorgegebene Aufruf ihnen vorzulesen, zum Ausdruck der Huldigung dem Reichsverweser ein dreimaliges Lebehoch auszubringen, und wo hierzu die Möglichkeit vorhanden ist, eine dreimalige Geschüßsalve abzufeuern sein wird. — Von diesem Tage an sind überall, wo es bis dahin noch nicht geschehen sein sollte, die deutschen Farben, und zwar in Koka den an den Kopfbedeckungen und in Bändern an den Panieren anzulegen.

Frankfurt a. M., den 16. Juli 1848. Der Reichsminister des Krieges. (gez.) v. Peucker. (Nat. 3.)

Frankfurt a. M., 24. Juli. In der heutigen 46ten Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung erklärte der Reichsminister v. Schmerling, daß mit Dänemark kein anderer Waffenstillstand geschlossen werde*) als solcher mit der Ehre Deutschlands verträglich sei, und daß bereits Vorkehrung getroffen, um nöthigenfalls den Krieg mit verstärkten Streitkräften nachdrücklich zu führen. An die sardinische Regierung sei eine neue energische Note wegen gänzlicher Aufhebung der Blokade von Triest ergangen. Auf der Tagesordnung steht die posensche Frage. Es sind im Ganzen 75 Redner eingeschrieben, von denen bis 1 1/2 Uhr erst 4 gesprochen haben, nämlich: Göden von Krotoschin, Senff von Inowraclaw, R. Blum, Jordan von Berlin. (Frankf. 3.)

[Aussicht auf einen Wahlkaiser. Vollzug der Beschlüsse der Reichsversammlung.] Nach einem Privatschreiben aus Frankfurt aus guter Quelle, ist bezüglich des künftigen Oberhauptes Deutschlands ein großer, vielleicht schon der größte Theil der Reichsversammlung für einen Wahlkaiser gestimmt. Ferner heißt es in jenem Schreiben, daß, da im Gesetze über die Centralgewalt bezüglich des Vollzugs der Beschlüsse der Reichsversammlung keine Anordnung getroffen ist, in das Gesetz über die Verantwortlichkeit der Reichsminister die Bestimmung aufgenommen werden soll, daß, wenn Beschlüsse der Reichsversammlung von der Centralgewalt nach acht Tagen nicht vollzogen sind, und die Reichsversammlung dann diese Beschlüsse wiederholt faßt, dieselben sofort vollzogen werden müssen. (N. K.)

Kaisruhe, 22. Juli. [Die Heidelberger Studenten und die Kammer.] In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erstattete der Abgeordnete Lamey den Commissionsbericht über die Petition einer Anzahl Heidelberger Studenten, die sich über die Auflösung des demokratischen Studentenvereins beschwert, und die Zurücknahme des betreffenden Verbots verlangt. Der Verein sei mit den andern demokratischen Vereinen gleichzustellen und die Regierung habe sich jedes Eingriffs zu enthalten. Die Commission trägt auf Tagesordnung an, weil die Regierung streng gefeslich gehandelt habe, und die Pflicht der Selbsterhaltung fordere, daß der Staat sich nicht in seinen letzten Grundlagen angreifen lasse, das Vereinsrecht also nur innerhalb der Gränzen der constitutionellen Monarchie auszuüben sei. Nach längerer Debatte nahm die Kammer den Commissionsantrag auf Tagesordnung an, legte jedoch zugleich den Wunsch ins Protokoll nieder, die Regierung möge die auf drei Tage gesetzte Frist zur Rückkehr der ausgezogenen Studenten entsprechend verlängern. (Kaisr. 3.)

Heidelberg, 23. Juli. Gestern sind die Studenten, welche als Deputation bei der zweiten Ständekammer waren, wieder zurückgekehrt. Für die Aufhebung des demokratischen Studentenvereins haben nur drei Kammermitglieder (unter ihnen v. Jstein) gesprochen. — Man erwartet immer zuverlässiger, daß alle demokratischen Vereine aufgelöst werden. (F. 3.)

Oesterreich

Wien, 23. Juli. [Zweite Sitzung der Reichsversammlung.] In der heutigen Sitzung wurde das Ministerium abermals mit einer Menge Interpellationen bestürmt. Die für auswärts interessantesten mögen hier angeführt werden. So interpellirt A. Fischer das Ministerium über vollständige Mittheilung der Staatshaushalts-Tabellen durch das Finanzministerium. — Fischer begründet seinen Antrag in trefflicher Rede durch zwei Passagen der Thronrede, nämlich: daß der Krieg in Italien bloß einen ehrenvollen Frieden bezwecke. — Eine der Hauptaufgaben eines ehrenvollen Friedens dürfte wohl sein, das lombardisch-venetianische Königreich zur Uebernahme des auf das-

*) Es ist unbestreitbar, daß nur der Reichsverweser in Verbindung mit dem Reichsministerium den Waffenstillstand mit Dänemark definitiv abschließen kann. Eine Behauptung, daß demselben nur der „formelle“ Abschluß des Waffenstillstandes züköbe, ist zu lächerlich als daß weiter darauf eingegangen werden sollte. Red.

selbe entfallenden Staatsschuldenantheils zu verhalten. Um aber dieses Quantum auszumitteln, müsse der Abschluß unseres Staatshauptbuchs vorliegen. In der Thronrede kommt ferner der Satz vor: „daß die außerordentlichen Umstände außerordentliche Maßregeln erheischen.“ — Die Abgeordneten müssen, um sich auf die Ministerialvorlagen vorzubereiten, die Haushalts-Tabellen besitzen. — Der Finanzminister erwidert, er hätte die Veröffentlichung des Verlangten schon vorbereitet, wisse aber nicht, wann sie schon vorzulegen wären; Fischer meint, daß sie sobald als möglich, und zwar einem jeden Abgeordneten ein Exemplar davon vorgelegt werden, und zwar müßten es die Ausweise wenigstens von den vergangenen drei Jahren sein. — Der Finanzminister verspricht außer dem Geforderten noch die Voranschläge pro 1848—49 zur Kenntniß der Abgeordneten gelangen zu lassen. — Umlauf fragt das Ministerium, ob schon Schritte wegen der Zurückkunft oder Stellvertretung Sr. Majestät geschehen? — Der Minister des Innern antwortet, daß der mit dieser Sendung beauftragte Courier heute oder morgen zurückkommen müsse. Das Ministerium werde sodann nicht säumen, die erhaltene Antwort zur Kenntniß des Hauses zu bringen. — Ein Abgeordneter fragt den Minister des Innern, wer denn Gouverneur von Galizien sei? — Seit Stadion finde man bald den General Hammerstein, bald Andere auf den Gubernialdekretten als Präsidenten unterfertigt. — Stadion erwähnt, er sei nicht mehr Gouverneur von Galizien und habe seinen Austritt bekannt gegeben. — Minister Doblhoff sagt, Goluchowski allein sei Gouverneur, daß sich Hammerstein und mehrere als Gouverneure unterschrieben, sei ihm nicht bekannt; er werde sich übrigens informieren. — Klauy (Böhmen) erwähnt, die Böhmen sehnen sich nach den constitutionellen Normalzustand, die Nationalgarde sei allenthalben entwaffnet, die Privatwaffen den Besitzern weggenommen, in Prag so wie in den Landstädten beständen statt den competenten Behörden Kriegsgerichte. — Die Studenten werden, dem Ministerialerlasse entgegen, zum Militär abgestellt. — Der Minister des Innern versichert, es wären alle Anstalten zur Herstellung des constitutionellen Normalzustandes getroffen. — Der Justizminister Dr. Bach: In soweit als ihn die Interpellation als Justizminister betreffe, müßte er sagen, daß er mit den übrigen Mitgliedern des Ministerraths gleich bei dem Antritte seines Amtes es für seine heiligste Pflicht gehalten, sich ganz genau über die böhmischen Begebenheiten zu unterrichten. Er habe ferner gleich im Ministerrathe den Antrag gestellt, alle Ausnahmengesetze dort aufzuheben; der Antrag sei auch sogleich nach Prag erlassen worden. Der Ministerrath erwartet nur den genauesten Bericht, um dann sogleich seine definitiven Maßregeln mitzutheilen: Wir geben Ihnen die feierliche Versicherung, die politische Seite dieser Frage wohl ins Auge zu fassen und uns zu bemühen, überall und Jedem sein Recht zu wahren (Beifall); wir werden uns daher auch hüten, das Beispiel nachzuahmen, welches durch die monströsen politischen Tendenzprozesse zwei edle Nationen zur Losreißung zwang (Beifall). Die erwähnte Untersuchung werde jedenfalls in neuem Geiste, öffentlich und mittels Geschwornen geführt werden. (Anhaltender lebhafter Beifall.) — Klauy macht noch auf Windischgräß's Aeußerung aufmerksam, die er der von Wienabgesandten Ministerialkommission und der Deputation von Nationalgarden und Studenten Prags gemacht: „Das Ministerium habe ihm nichts zu befehlen.“ — Pillersdorff (Mitglied des damaligen Ministeriums): Es sei demselben keine solche Aeußerung bekannt geworden, sonst würde entweder das Ministerium oder Windischgräß abgetreten sein.

Wien, 26. Juli. [Machinationen gegen das Ministerium. Kuranda. Militärisches.] Die Hofkamarilla läßt alle Federn springen, um das jetzige Ministerium zu stürzen und ein neues zu bilden, an dessen Spitze Graf Stadion treten soll. Als seine Kollegen nennt man Hofeath Call für die Justiz und Dr. Neumann für den Unterricht. Doblhoff thut Alles, um sich eine sichere Basis in der öffentlichen Meinung zu schaffen und seine energischen Schritte gegen die Provinzhöfe haben ihm bereits große Popularität verliehen, wozu denn auch die radikale Presse ihr Scherlein redlich beiträgt, indem sie fortwährend auf die schwierige Stellung Doblhoffs hinweist und die Nothwendigkeit hervorhebt, ihn zu stützen und zu halten. Gelingt es ihm, im Schooße des Reichstages die Majorität zu erringen und die Bureaucratie zu brechen, so ist er der Retter Oesterreichs und sein Name wird gefeiert werden wie keiner in der Landesgeschichte. — Kuranda, der frühere Redakteur der „Grenzboten“, zuletzt Abgeordneter aus Böhmen beim deutschen Parlament in Frankfurt, ist bereits von dort hierher zurückgekehrt, um die Herausgabe einer großen Zeitung vorzubereiten, die im Verlage des Buchhändlers Gerold erscheinen wird und Oesterreichs Debats werden sollen. Dieses Journal soll im großartigsten Styl eingerichtet werden und namentlich in Bezug auf

auswärtige Correspondenz eine Lücke ausfüllen, die in der hiesigen Journalistik bisher recht fühlbar ist, da sie in Bezug auf auswärtige Nachrichten in Wahrheit ganz in den Windeln liegt. — Die österreichische Armee erhält demnächst statt der jetzt üblichen Tornister von rauhem Kalbleder schwarzlackirte Tornister, eine Neuerung, die zwar dem Auge schmeichelt, mit der aber alle erfahrene Militärs sehr unzufrieden sind, da die lackirten Tornister keine Dauerhaftigkeit besitzen.

Wien, 26. Juli. [Ungarische Angelegenheiten.] Die Ankunft des ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Bathiany, welche von Seite der hiesigen Magyaren durch eine politische Farce, die wir gestern mittheilten, bezeichnet worden war, ist scheinbar durch eine Einladung des Erzherzogs Johann, welcher das Schiedsrichteramt zwischen Ungarn und Croatien übernommen hatte, erfolgt. Allein sie ist sicher durch die neuesten, schon mitgetheilten Ereignisse im Banat, die für die magyarische Partei höchst beunruhigend lauten, sehr beschleunigt worden. Seit 6 Tagen befinden sich Deputirte aus Croatien, welche der Banus Baron Tschachich als Unterhändler einer Pacifikation hierhergeschickt hatte, allhier. Von Seite des ungarischen Ministeriums wurden bisher alle Einladungen des Erzherzogs Johann hingehalten. Allein jetzt, nachdem der Sturm vom Banat herannahet, scheint sich Kossuth eines Bessern besonnen zu haben. Graf Bathiany scheint aber gerade zu rechter Zeit gekommen zu sein, denn die Berichte des hierher gerittenen österreichischen General-Konsuls v. Mayerhofer lauten für die ungarischen Angelegenheiten so kläglich, daß Ungarn nur durch einen schnellen Vergleich vor einer furchtbaren Katastrophe gerettet werden kann. Die letzten 4 Grenz-Regimenter sagten sich vollends vom ungarischen Kriegs-Ministerium los und schlossen sich an die Serbier und Ilirier an. Aus Serbien und selbst aus Bulgarien sind gegen 20,000 Bewaffnete im Anzug, welche sich den Croaten anschließen und die ganze Grenze eilt unter dem Feldgeschrei: „Es lebe Oesterreich! Es lebe der Kaiser Ferdinand!“ zu den Waffen. Tschachich ist der Schild für alle diese kriegerischen Volksstämme, und ein Wink von ihm aus Agram, so wird ganz Nieder-Ungarn von diesen sogenannten Raizen überschwemmt. Man versichert, der General-Konsul Mayerhofer habe sich schon vorgestern in den Ministerrath verfügt und die Lage der Dinge in Serbien und der ganzen Militärgrenze als für Ungarn verzweiflungsvoll geschildert. Hoffentlich werden seine Berichte ein Gewicht in die Waagschale der Unterhandlungen legen. Erz. Johann hat unterdessen einen Courier nach Agram geschickt, um den Banus einzuladen, persönlich hierher zu kommen, um den Unterhandlungen beizuwohnen, oder einen Spezial-Bevollmächtigten mit Instruktionen zu senden. — Unser Reichstag hatte gestern Abend eine stürmische Sitzung. Die Interpellationen an die Minister Doblhoff und Bach brachten diese ganz aus der Fassung. (S. oben.) Wessenberg, so wurde heute allgemein, selbst in der Reichstagsitzung, versichert, ziehe sich zurück und kehre nicht wieder.

Wien, 23. Juli. [Das Unterhaus erklärt sich mit großer Majorität für die Unterstützung des italienischen Krieges. Die Italiener geben ihre Sympathien für Ungarn kund. Ein Preuze vor dem standrechtlichen Forum.] In der gestrigen außerordentlichen Abend-sitzung erklärte sich das Unterhaus mit einer ministeriellen Majorität von 233 gegen 36 Stimmen für die Bewilligung des ungarischen Militärs in dem Kriege gegen Italien. 79 Deputirte haben sich der Abstimmung durch Wegbleiben entzogen. Schon heute gehen von Ofen Kürassiere und Husaren nach Italien ab, während der illyrische Aufstand noch im vollen Brande ist. Wie man versichert, wird der Finanzminister in einigen Tagen dem Landtage auch die Uebernahme eines verhältnismäßigen Theils der österreichischen Staatsschuld vorschlagen. — Zu gleicher Zeit, als der Landtag hier das ungarische Militär gegen Italien bewilligte, kam an die Stadt Pesth ein Schreiben von der provisorischen Regierung in Mailand an, in welchem diese den bekannten Zusammenstoß des italienischen Regiments Cecopieri mit den Freiwilligen im hiesigen Invalidenpalais entschuldigt, und die ungarische Nation der innigsten Sympathien der Italiener versichert. — Gestern wurde hier ein sehr anständig gekleideter Mann aus Preussisch-Schlesien im Stadthause ausgeführt, und gegen denselben wegen angeblicher Aufwiegelei das standrechtliche Verfahren eingeleitet. Die Untersuchung konnte aber nichts weiter gegen ihn aufweisen, als daß er eine hier mißliebige, in Wien gedruckte Schrift gegen die Union Siebenbürgens bei sich hatte, und auch mit zwei Reisepässen versehen war. Es kostete nicht wenig Mühe, ihn aus den Händen des Standgerichts zu befreien und den ordentlichen Gerichten zu überweisen. — Der Kommandant von Peterwardein, FML. v. Grabowsky, welcher jetzt zum Kommandirenden von Ungarn ernannt ist, wurde am 15. d. in Agram als Aufwiegler dem Standrecht verfallen erklärt.

△ Von der italienischen Grenze, 22. Juli. [Große Rüstungen von Seiten Oesterreichs und Italiens. Ursache, warum noch nicht die Friedens-Verhandlungen eingeleitet sind.] Obgleich der Zug frischer Truppen ungemein lebhaft ist und fast täglich neue Bataillons den Tsonzo überschreiten, um die Armee des Feldmarschalls zu verstärken, so vernimmt man doch noch immer Nichts von größeren Operationen und die Gerüchte von österreichischen Siegen, die von Zeit zu Zeit hierher dringen, erweisen sich regelmäßig als fromme Wünsche eines feurigen Patriotismus, der der Wirklichkeit vorausfliegt. Radezky scheint eben die dem Greisenalter eigenthümliche Aengstlichkeit in die Kriegsoperationen zu legen und nur dann entschlossen loszuschlagen, falls er die vollste Ueberzeugung des Sieges besitzt. Inzwischen trifft der Gegner alle Vorkehrungen zu einer ansehnlichen Verstärkung seiner Streitkräfte, was den Kampf nothwendig in die Länge dehnen muß, weil die Widerstandsmittel sich häufen und die Fähigkeit der Vertheidigung wächst. Im Königreich Sardinien ist eine abermalige Aushebung im Zug, wobei die Kriegspflichtigen von den Jahren 1825 bis 1828 abgestellt werden sollen; gleichzeitig treffen starke Rekruten-Transporte aus dem Mailändischen bei der Armee des Sardenkönigs ein und die provisorische Regierung von Mailand hat wegen Beschaffung der Geldmittel eine starke Kontribution auf Kirchensteuer ausgeschrieben, mit deren Eintreibung die Bischöfe selbst beauftragt sind. Gleichzeitig schloß sie neuerdings mit der französischen Regierung einen Kaufvertrag über 50,000 Stück Gewehre ab, während aus England 20,000 und aus Nordamerika 40,000 Gewehre erwartet werden; die früheren Wehrkäufe wurden meist in der Schweiz abgeschlossen, wo seit dem Sonderbundskampfe bedeutende Wafsenvorräthe lagerten, die sich indeß Schweizer von den Italienern sehr theuer bezahlen ließen. Die Pferde werden trotz des Pferdeausfuhrverbotes hauptsächlich in Deutschland angekauft und namentlich soll der Pferdehandel über Basel überaus lebhaft betrieben werden, zumal aus dem Großherzogthum Baden, wo häufig vierspännige Wagen die Rheinbrücke passiren, um als bescheidene Einspänner zurückzukehren. Die Pferdepreise stehen in Italien sehr hoch. — Man versichert, daß demalen beide kriegsführenden Mächte, sowohl Oesterreich als Sardinien geneigt sind unter Vermittelung einer dritten Macht Frieden zu machen und nur der Umstand, daß sich dieselben über die mit der Vermittelung zu betrauende Großmacht nicht einigen können, soll daran Schuld sein, wenn die Feindseligkeiten fortdauern, denn während Oesterreich England als Vermittler vorgeschlagen hat, beharrt Sardinien bei Frankreich, das der Wiener Hof aus leicht begreiflichen Gründen in dieser Eigenschaft durchaus nicht anerkennen will. Wenn nicht unerwartete Wendepunkte in der europäischen Gesamtentwicklung eintreten, so dürfte sich der Kampf in Italien in die Länge ziehen und eine klaffende Wunde im europäischen Staatskörper bilden. — Durch einen mit den Insurgenten abgeschlossenen Vertrag wegen Austausch der Kriegsgefangenen kehren jetzt 21 erfahrene italienische Seeoffiziere, die vordem in der k. k. Marine gedient hatten nach dem bedrohten Venedig zurück, indeß wir von dort außer dem Admiral Martini und dem Schiffsfähnrich Graf Hedik bloß Offiziere der Landarmee erhalten. Ein solcher Austausch in diesem Augenblick, wo die See die große Wunde Oesterreichs ist, scheint um so bedenkllicher, als Martini, ein Geschöpf Metternichs, ein Admiral ist, der nie ein Schiff kommandirte und beim Anblick des Meeres empfindet.

*** [Kriegs-schauplatz.]** Nach eingehenden Nachrichten aus Verona von Sonnabend, den 22. Abends, hat sich der FML. Radezky an diesem Tage mit 60,000 Mann in Bewegung gesetzt. Karl Albert hatte am Donnerstag und Freitag Bewegungen gegen Mantua gemacht und die Kommunikation zwischen Mantua und Verona unterbrochen. Es scheint also, daß der Marschall nach dieser Seite seine Operationen leitet. Die ganze Armee ist erfreut, daß Karl Albert endlich aus seinen Verschanzungen heraus ist. Der Marschall hatte die wiener Freiwilligen auch nach Verona beordert, um an dem bevorstehenden Kampfe theilzunehmen. Sie begegneten den Kurier, Kriegslieber singend, bei Caldiero auf dem Marsch nach Verona. Sämmtliche Truppen begannen Sonntag Abend sieben Uhr ihre Bewegungen. — FML. Wel den steht in Padua. Von Vicenza sind am Freitag schon 12,000 Mann Truppen gegen Verona abgegangen.

Donau-Fürstenthümer.

Fukarest, 13. Juli. [Anarchie.] Unsere Zustände wechseln mit solcher Raschheit, daß es Niemand wundern darf, wenn der kaum wieder hergestellte frühere Zustand der Dinge bereits neuerdings über Haufen geworfen ist. Der 11. Juli, der Tag nach Abgang der provisorischen Regierung, verging anscheinend ruhig. Am 12ten aber war die ganze Kaufmannschaft, so wie die arbeitende und nicht arbeitende Klasse

(Fortsetzung in der Beilage.)

Freitag den 28 Juli 1848.

(Fortsetzung.)

in Bewegung. Man läutete Sturm, man lief in Masse zu dem Metropolit, warf ihm Eidbruch vor, zwang ihn noch einmal, die neue Constitution, mit Ausnahme nur eines Punktes, nämlich über das Grundeigenthum, zu beschwören; der Metropolit erließ einen Aufruf, das Militair blieb, seinen Kommandanten an der Spitze, neutral in der Kaserne, überall wehten die dreifarbigten walachischen Fahnen, und während dem zogen Volkshaufen umher, und verwüsteten mehrere Häuser, ein Fortschritt der Anarchie, nachdem es bei der ersten Revolution am 23. Juni bloß beim Einschlagen einiger Fenster geblieben war. Couriere sind abgegangen, um die am 10ten d. M. während der Nacht geflüchteten Regierungsmitglieder wieder zurückzurufen. Die Ursache dieses so raschen und überraschenden Umschwunges ist im Charakter der Bojaren zu suchen. Kaum war die provisorische Regierung abgetreten, als schon bei ihnen der Streit um die Stellen anging. Jeder wollte Caimacan sein, die Meisten aber wollten die Rückkehr Bibesco's unmöglich machen, um den Fürstenthum lange vakant zu halten. Während mehrere Proklamationen erschienen, blieb die ganze Regierungsgewalt unthätig, weil die ihren Posten wieder einnehmenden früheren Beamten größtentheils der Caimacanie nicht gehorchen wollten. Und so ging der ganze Tag des 11. Juli verloren, welchen der Metropolit und die Bojaren hätten benutzen sollen, die öffentliche Gewalt in ihren Händen sicher zu stellen. — Zwei andere Proklamationen zeigen wieder, daß sich der Metropolit ganz in der Gewalt der Faction befindet. — Anderer Seits trat die Reaction der früheren Beamten und der Großbojaren offener auf, man sprengte aus, daß keine Spur von Russen an der Grenze zu sehen sei, daß bewaffnete Hilfe anlänge u. Durch diese Reaction der früheren Beamten wurde nun auch der bisher ganz apathische Handelsstand aufgereizt, und Bukarest steht am Vorabend einer Anarchie. — Merkwürdig ist es, daß man hier durchaus nichts Sicheres über die Bewegungen der Russen und Türken weiß; Duhamel und Kokebue verkünden laut und wiederholt ihr Einrücken, und man weiß doch noch nichts Genaues. — Das Volk hat eine Estafete mit einem Schreiben des bekannten Philippesco an den Metropolit, aufgefangen, und diesen gezwungen, es öffentlich vorzulesen. Philippesco spricht darin seine Freude über den Sturz der provisorischen Regierung aus und erwähnt seiner Bemühungen, Proviant für die erwarteten Russen vorzubereiten. Der Sturm, der über diesen Brief losbrach, war furchtbar, der Metropolit Philippesco und alle Bojaren wurden beschimpft, man schrie, es kämen keine Russen, und alle Nachrichten darüber seien Erfindungen der Bojaren. Der Brief soll gedruckt werden. Kehren die zurückberufenen Mitglieder der geflüchteten provisorischen Regierung wirklich zurück, so ist ein neuer Conflict zwischen ihnen und den an der Spitze der Miliz stehenden Obersten Dobesco und Salomon zu erwarten. Die Pforte hat außer dem Truppencorps, welches sie einrücken läßt, auch einen außerordentlichen Kommissar, und zwar in der Person des als Botschafter nach Berlin bestimmten Kiamil Pascha ernannt.

(Wiener Ztg.)

Rußland.

* Aus Russisch-Polen gehen uns Mittheilungen zu, die wir mit dem Bemerkten, daß sie allem Anschein nach glaubwürdig sind, hier wiedergeben: „Jetzt sind sämtliche Kriegspreservisten einberufen und in die Regimenter einrangirt. (Dies geschieht nach der russischen Armeearganisation nur im Falle der Mobilmachung.) Aus den verschiedenen Kadettencorps sind 1200 junge Leute als Offiziere eingetreten. Den Kadettendirektionen ist der Befehl erteilt, junge Leute, selbst solche, welche die Prüfung noch nicht bestanden haben, zu entlassen, wenn sie nur körperlich so stark seien, daß sie Märsche und eine Campagne aushalten können. An alle Magistrate und Dorfgemeinde-Vorsteher ist der Befehl erlassen, daß im Falle die Truppen ins Ausland rücken, den Offiziers- und Soldaten-Frauen die Quartiere ihrer Männer belassen werden sollen. Alle Kreisphysici sind angewiesen, die in ihrem Bezirk befindlichen jungen Aerzte aufzufordern, als Militärärzte sich zu melden; sie sollen sofort angemessene Stellen etatsmäßig zugewiesen erhalten. Mit den Frachtfuhrleuten in den Städten und Dörfern sind schriftliche Kontrakte abgeschlossen, sie sollen sich zu Militärtransporten bereit halten. Man hat ihnen ein bestimmtes Draufgeld gegeben; manche haben sogar Vorschüsse erhalten, um ihre Frachtwagen und Gespann in guten Stand zu setzen. — Das seit einigen Jahren in Kaschisch nach dem pennsylvanischen System gebaute großartige Gefängniß, in welchem mehrere hundert Gefangene untergebracht waren, wird jetzt geräumt und die

Gefangenen in Klostergebäude untergebracht. In dem Gefängnißgebäude werden Waffen und sehr bedeutende Munitions-Vorräthe aufgespeichert. — Nach sehr zuverlässigen Nachrichten sind gegenwärtig im Königreich Polen nachstehende Truppen: 80,000 M. Infanterie, d. h. ein ganzes Armeecorps von 60,000 und eine Division von einem andern Corps von 20,000 M.; eine Division Cavallerie von 5000 M., Artillerie giebt es mehr als für 3 ganze Armeecorps. Sappeurs allein stehen im Königreich Polen über 4000 Mann. (E. B.)

Frankreich.

Paris, 23. Juli. [National-Versammlung. Sitzung vom 22ten. Nachtrag.] Die wichtigste Begebenheit der Sitzung war das Erscheinen des Finanzministers auf der Tribüne. Er legte eine Uebersicht der Finanzlage des Landes vor, aus welcher hervorgeht, daß nach genauer Prüfung und Beseitigung mehrerer von seinem Vorgänger vorgeschlagenen Mittel die Ausgaben des Budgets von 1848 die Einnahmen um 250 Millionen übersteigen werden. Um dieses Deficit zu decken, will der Minister die Salz- und Getränksteuer bis 1850 beibehalten und zugleich die nicht realisirte Anleihe von 1847 für den Betrag von 175 bis 200 Millionen wieder aufnehmen. — Hr. Goudchaux hat im Finanz-Comité zugleich erklärt, daß bereits mehrere Anträge von auswärtigen Kapitalisten vorlägen, daß er aber bei der Konkurrenz dem Inlande den Vorzug geben würde. Damit jedoch die angekündigte Operation keine nachtheiligen Folgen für die Kurse der Staatspapiere habe und von den Börsenspekulanten ausgebeutet werden könne, legte der Minister das Projekt erst nach dem Börsenschlusse vor und drang auf Eile, so daß die Vorlage am Sonntag, wo keine Börse ist, von dem Finanz-Comité geprüft und Montag noch vor Börsenschlusse erledigt sein kann. Die Versammlung genehmigte diese Vorschläge. Der Minister des Innern legte zugleich einen Vorschlag vor, wonach sechs Millionen von dem Budget der Eisenbahnen genommen und zur Verbesserung und Vermehrung der Vicinalwege verwendet werden sollen, um so bei Anfang des Winters in allen Departements eine Anzahl erwerbsloser Arbeiter beschäftigen zu können. — Coquerel erstattete den Bericht über das Gesetz wegen der Klubs. — Die Commission nimmt den Entwurf der Regierung an und hat nur hinzugefügt, daß Frauen und Minderjährige den Klubsitzungen nicht beiwohnen dürfen. — Endlich wurde das Gesetz über die Mobilisation von 300 Bataillonen der Nationalgarde fast ohne Discussion angenommen. — Ueber die Petition Bu-Maza's, der seine Freilassung verlangt, ward auf das Gutachten des Kriegsministers Lamoriciere, daß die Freilassung dieses Parteigängers höchst gefährlich werden könne, zur Tagesordnung übergegangen.

(Vermischtes.) General Cavaignac hat gestern seinen ersten officiellen Empfang gehalten. Er begann um 9 Uhr Morgens und endete um 6 Uhr Abends. Alle Tribunale, die Geistlichen aller Glaubensbekenntnisse, die Departemental- und Municipal-Behörden von Paris, Versailles und den beiden Departements der Seine und der Seine et Oise, das Offizier-Corps der Armee, der Nationalgarde, der Mobilien, die Akademie, der Rechnungshof, die Collegien, die Wechsel-Agenten und alle anderen constitutionellen Corps erschienen vollständig. Es wird das erste Leyer des provisorischen Präsidenten der Republik. — In Rheims ist ein Individuum, das in den Wirthshäusern öffentlich Wetten von 60 Fres. anbot, daß General Cavaignac noch vor dem 1. August ermordet sein würde, verhaftet und den Gerichten übergeben worden. — Die über Turin gekommene officielle Nachricht, daß die in Ferrara am 14. einmarschirten österreichischen Truppen schon am 15. wieder Ferrara geräumt haben und in aller Eile über den Po zurückgegangen sind, hat hier die Sensation, welche die gestern erwähnte telegraphische Depesche machte, wieder beschwichtigt.

Großbritannien.

London, 22. Juli. [Wichtiger Beschluß des Unterhauses.] In der heutigen Sitzung des Unterhauses begründete Lord John Russell seinen Antrag auf temporäre Suspension der konstitutionellen Garantien in Irland. Nachdem er die irischen Zustände von O'Connell's Tode an bis heute in raschen Zügen skizzirt, schließt er mit folgenden Worten: Die Führer der Bewegung sind Männer, die bewandert in der Kenntniß der Gesetze und in den Mitteln, sie zu umgehen; daher ist es nothwendig, ein Gesetz zu haben, das sie nicht umgehen können. Ohne allen Zweifel sind die Klubs illegal, handelte es sich aber darum, sie zu unterdrücken, dann fand es sich, daß dem

Gouvernement die nöthigen Beweise fehlten, und die Mittel, selbe sich zu verschaffen. Unzweifelhaft besteht in Irland eine Association, die zum Zweck hat, die Autorität der Krone durch Waffengewalt zu stürzen. Da dem so ist, so kenne ich kein anderes Mittel zum Handeln, als die Suspension der Habeas-Corpusakte und die Annahme einer Maßregel, welche dem Lord-Lieutenant gestatte, die des Hochverraths verdächtigen Personen festnehmen zu lassen. Schließlich beschwöre ich das Haus, nicht die Annahme einer Maßregel zu verzögern, welche Blutvergießen verhindern und die Konstitution dieses Reichs wird sicher stellen können. (Donnernder Beifall.) F. D' Connor meint, daß die Maßregel den Ausbruch, den sie verhüten solle, nur beschleunigen würde, — nur in einer völligen Trennung beider Länder sieht er die Abhilfe für die Leiden Irlands. (Unterbrechung.) Lord J. Russell erhebt sich und zeigt das Exemplar der Eidesformel dem Redner gleichsam um ihn an seinen Schwur zu erinnern. D' Connor schließt mit der Ansicht, daß wäre Sir R. Peel am Ruder, dieser sicher nicht diese Maßregel wollen würde, er sei der einzige Mann, der das Land regieren könne. Darauf ergreift Sir Robert das Wort und gibt der Maßregel seinen unbedingtsten Beifall, — denn nur um den Preis von Blutströmen könne man der Maßregel entbehren. Er hält sich auch überzeugt, daß man unverzüglich handeln müsse, und darum sei er dafür, daß man die Bill annehme. Herr Crawford stellt das Amendement, daß man erklären solle, daß die heutige Lage Irlands Resultat der schlechten Verwaltung sei, und daß alle Maßregeln der Strenge ohne Besserung der Lage des Volkes wirkungslos bleiben müßten. Schließlich stimmt Herr Hume nur mit Bedauern für die Maßregel, worauf das Crawford'sche Amendement mit 278 gegen 8 Stimmen verworfen wurde. Die Bill wurde dreimal verlesen, sie bleibt in Kraft bis zum 1. März 1849 und wird unverzüglich an das Oberhaus gefandt. — An der Börse glaubt man, daß es dem Gouverneur nicht schwer fallen dürfte, der Insurrektion Herr zu werden. Die Papiere sind aber heute etwas heruntergegangen.

London, 23. Juli. Die aus den Fabrikbezirken von England und Schottland einlaufenden Nachrichten lauten immer befriedigender; überall herrscht im Handel und in den Geschäften jeder Art erneute Regsamkeit. Auch die Berichte aus Irland lauten beruhigender; nirgendwo ist die Behörde bis jetzt auf ernstesten Widerstand gestoßen und man glaubt, daß in den proklamirten Bezirken die Waffenablieferung durchgängig ohne Erheischung eigentlicher Zwangsmaßregeln erfolgen wird. Die Armee in England und Schottland besteht gegenwärtig aus 22 Infanterie- und 11 Kavalerie-Regimentern nebst 7 Bataillons Garde; in Schottland stehen bloß 1 Kavalerie- und 2 Infanterie-Regimenter. Das 62. Infanterie-Regiment ist nach Irland abgegangen, andere Regimenter sind marschfertig, falls ihre Dienste nothwendig werden sollten.

Nach Berichten aus Dublin vom 21. hat der Lordkanzler den Entschluß gefaßt, den Mayor von Kilkenny, Thomas Hurt, so wie den D. Kane und drei andere Magistratsbeamte wegen ihrer Theilnahme an dem aufrethretischen Treiben aus der Beamtenklasse auszustoßen. Der „Dublin Evening Herald“ berichtet über ein in Dublin gebildetes Complot zu einem umfassenden Aufstande, Ueberall in der Stadt sollen gleichzeitig Barrikaden errichtet werden. Aus den Provinzen erfährt man, daß die katholische Geistlichkeit aller Orten von der Betheiligung am Aufstande dringend abräth.

Italien.

Das römische Ministerium hat in der Sitzung der Deputirten-Kammer vom 13ten angezeigt, daß es seine Demission eingegeben habe, dieselbe aber bis jetzt weder angenommen, noch verweigert worden sei. Sämtliche politische Klubs traten auf diese Ankündigung hin zusammen, um zu berathen, was bei so bewandten Umständen zu thun sei.

Die norditalienischen Blätter bestätigen, daß der Aufstand in Kalabrien vollständig gescheitert und die Truppen der Regierung auf allen Punkten Meister geblieben sind. Der König von Neapel hat die Absicht, die Insel Sicilien mit 20,000 Mann anzugreifen. Denselben Journalen zufolge wäre der schnelle Rückgang der Oesterreicher von Ferrara durch die Nachricht veranlaßt worden, daß ein Corps Piemontesen von Modena anrückte. Ja, General Bava soll mit diesen Piemontesen die zurückgehenden Oesterreicher am Po eingeholt und sie mit Zurücklassung ihrer Kanonen und ihres Gepäcks geschlagen haben. Ein weiterer Bericht will sogar wissen, daß auch die Citadelle von Ferrara in die Hände der Sieger ge-

fallen sei. Doch begleiten die Turiner Blätter selbst diese Notiz mit einem Fragezeichen.

Lokales und Provinzielles.

Breslauer Communal-Angelegenheiten.

Breslau, 27. Juli. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zur Wahl eines Oberbürgermeisters geschritten. Der Oberbürgermeister Phillips aus Elbing hatte bei 98 Stimmen, 53 für sich und 45 gegen sich, Landgerichts-Direktor Fuchs 66, also die meisten Stimmen für und 32 gegen sich, und der Bürgermeister Bartsch bei 99 Stimmen 55 für und 44 gegen; die anderen vorgeschlagenen Candidaten: nämlich der Oberbürgermeister Grabow, Polizei-Präsident von Minutoli und der Vorsteher Regenbrecht wurden auf Antrag des Letzteren von den Vorschlagenden zurückgezogen, da drei Candidaten die nothwendige Majorität schon hatten. Schließlich müssen wir noch bemerken, daß 34 Mitglieder gegen jede Wahl waren und sich nur der Majorität der übrigen 62, welche die Wahl wollten und dies durch Beschluß durchsetzten, fügten.

**** Breslau, 27. Juli.** [Wünsche für den 6. August.] Als in den Märztagen die deutschen Völker sich erhoben, da hörte man vom Rhein bis zur Oder und von der Donau bis zu den Gestaden der Nord- und Ostsee den lauten und einstimmigen Ruf: Wir wollen sein ein einig Volk! — Was man Jahre lang ersehnt und gewünscht, es kam wie mit Sturmesflügeln und selbst der mächtigste König in Deutschland, der König von Preußen, zeigte die edle Selbstverläugnung, daß er sein Reich hinfort nur als einen Theil des großen Ganzen betrachtet wissen wollte. Jener denkwürdige Ausspruch unseres Königs „Preußen geht in Deutschland auf“ er gehört der Geschichte an, und sie wird strenge über seine Erfüllung oder Nichterfüllung richten. — Ist jener Geist so schnell abgekühlt? — Wir können's und wollen's nicht glauben. Unser Vertrauen und unser Glaube zu dem Geiste unseres Volkes ist nicht so schwach, daß wir befürchten sollten, es könnte jener begeisterte Drang nach Einheit nur ein Wunsch bleiben und nicht zur That führen. Das Bedürfnis unserer Einheit ist zu mächtig, es hat mit zu lauten Donner schlägen uns aufgerüttelt, als daß wir schon wieder von den Gelüsten der Sonderinteressen ergriffen werden könnten. — Es ist wahr, daß sich hier und da unlautere Bestrebungen gegen das deutsche Interesse kund geben; allein die Urheber dieser Bestrebungen sind nie von einem anderen Geiste befeelt gewesen, und werden es nie sein. Ihnen, die sich da immer als gute Preußen geriren, müssen wir unermüdet die Worte unseres Königs zurufen, und sie zur Unterwerfung zwingen.

Aber wir, in deren Brust das Gefühl für die Größe und Macht des deutschen Vaterlandes lebendig glüht, wir müssen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um jenem Gefühle auch den lebendigen Ausdruck zu geben, und müssen es um so mehr, je fecker und wegenger sich das antideutsche Element hervorwagt. Und hier müssen wir uns selbst anklagen, daß wir zu wenig thatkräftig auftraten. Die Schöpfung der deutschen Centralgewalt ist ein denkwürdiges Ereignis in der deutschen Geschichte. Wir abstrahiren hierbei von dem Charakter, den die National-Verammlung in Frankfurt der Centralgewalt beigelegt hat, der mancher politischen Partei mißliebig ist. Wir erblicken in der Centralgewalt den Anfang zur Verwirklichung der Idee der deutschen Einheit, und das müssen alle Parteien, die deutsch sind, als das freudigste Ereignis für Deutschland begrüßen. In vielen Städten ist denn auch in der That die Wahl des Reichsverwesers festlich begangen und gefeiert worden, und wir können's nicht unterlassen, es unserer Stadt als einen Vorwurf anzurechnen, daß sie nicht ein Gleiches gethan. Holen wir daher das Versäumte nach. Die Centralgewalt hat einen Befehl erlassen, daß am 6. August alle deutsche Truppen einen feierlichen Akt zur Anerkennung des Reichsverwesers begehen. Wir zweifeln nicht, daß die Truppen, die so gut Söhne des deutschen Vaterlandes sind, wie wir, das Anerkennungsfecht mit inniger Begeisterung feiern werden, und sie werden es um so mehr, als sie damit zugleich den Willen unseres Königs ehren. Wir Alle, die gesammte Einwohnerchaft Breslau's, wollen uns aus freiestem Antriebe diesem Feste anschließen und den 6. August als einen Tag freudigsten Ereignisses auf's Feierlichste begehen. Vergessen wir für einen Augenblick alle politischen Differenzen und vereinigen wir uns in dem gemeinsamen Gefühl, daß wir Deutsche sind und der großen Idee unserer Einheit eine Huldigung darbieten. Wir haben uns in den Märztagen mit den

deutschen Farben geschmückt, bekunden wir es nun, daß dieser Schmuck kein falscher, sondern ein echter und wahrer gewesen ist. — Wir können endlich nicht unterlassen, auch darauf hinzuweisen, daß dieser Tag eine ganz passende Gelegenheit bieten kann, das seit dem März locker gewordene Band zwischen Militair und Volk wieder fester zu knüpfen.

Breslau, 27. Juli. [Kirchliches.] Das königl. Kultusministerium hat angeordnet, daß den evangelischen Geistlichen, welche als Deputirte zu den Nationalversammlungen in Berlin und Frankfurt a. M. gewählt und entsendet sind, ordinirte Stellvertreter mit einem monatlichen erforderlichen Falls Gehalt aus Staatsmitteln von 25 und resp. wenn keine Wohnung gewährt wird, von 30 Rthlr. bestellt werden sollen. — Das königl. Kultusministerium hat angeordnet, daß weder bei der zweiten theologischen Prüfung, noch bei Anstellungen durch die Vokation und Konfirmation fortan zum Gebrauch der erneuerten Landesagenda eine Verpflichtung auferlegt, sondern nur bei der Ordination die Anweisung ertheilt werden solle, das Amt nach den bestehenden Ordinationen der Kirche zu führen. — Mehrere Geistliche der Stadt haben bei dem k. Konsistorium angefragt, ob die beiden Konsistorialräthe Prof. Dr. Gaupp und Wachler sich an der Gnadenberger Konferenz amtlich oder privatim betheiliget hätten und darauf angetragen, daß die bei dem Ordinationsakt des Pastor Lösche in Zindel zur Anwendung gekommene Ordinationsform allein auf die heilige Schrift neben der bestehenden der Agenda und dem kirchlichen Herkommen entsprechenden Ordinationsweise als rechtsbeständig anerkannt und eingeführt werde. — Der Magistrat und das Stadt-Konsistorium haben die provisorische Verwaltung des Kirchen- und Schulinspektors nach dem Abgange des emeritirten Konsistorialrath Fischer dem Pastor Rother und Probst Heinrich in der Art übertragen, daß dem ersteren die Stadtkirchen und Schulen, dem letztern die Kirchen und Schulen des Ruralbezirkes zugetheilt worden sind. (Kirch. u. Schulbl.)

*** Breslau, 27. Juli.** [Handelskammer.] In der Sitzung am 25ten huj. wurden folgende wichtigere Beschlüsse gefaßt: Im Interesse der hiesigen und Berliner Börse beginnt die Börsenstunde hier selbst fortan um 12 Uhr Mittags, und findet die Coursnotirung um 1 Uhr statt. Den Berathungen über Letztere als Zuhörer beizuwohnen, soll nicht verwehrt sein. Dem Vereine der hiesigen Handlungsgehülften ist zu erwiedern, daß seine der Abgeordneten-Versammlung zu Berlin überreichte, der Handelskammer zuvor nicht mitgetheilte Denkschrift und Petition zu befürworten, deshalb abgelehnt werden müsse, weil selbige Mehreres enthalte, was als Antastung von Verhältnissen privatrechtlicher Natur und Beschränkung der persönlichen Dispositions-Befugnisse erscheine. — Der Verein der hiesigen Haushälter wird aufgefordert, zur nochmaligen Berathung und Redaktion seines ungedruckt eingereichten Statuts seinen Vorstand mit den Mitgliedern der Handelskammer den Herren Laßwitz und J. Friedenthal unter Assistenz des Handelskammer-Sekretärs zusammentreten zu lassen. — Zur Wahrung der durch die Beschlüsse der in letzter Zeit häufiger abgehaltenen Handwerkerstage bedroheten Interessen gewisser Branchen des Handels soll der National-Versammlung zu Frankfurt eine Denkschrift überreicht werden.

† Denmark, 21. Juli. [Das evangelische Kirchen-Kollegium läßt die deutsche Reichsfahne wegnehmen.] — Ein hiesiger Bürger, Aug. Sartorius, hatte aus Freude über die Wahl des Reichsverwesers, woran er die Hoffnung auf Deutschlands künftige Einheit und Wohlfahrt knüpfte, die deutsche Reichsfahne zum Dache der Minoriten-Klosterkirche ausgesteckt. Das Gebäude gehört aber der evangelischen Gemeinde und S. hatte das Kirchen-Kollegium nicht um Erlaubniß gebeten, weil er als theilweiser Pächter der Klosterkirche dies nicht für erforderlich hielt und außerdem meinte: alle Welt werde seine Freude theilen. — Er irrte sich. Das Kirchen-Kollegium erhob Beschwerde bei der Polizei und dem S. wurde am 17. d. M. eröffnet, er solle auf Verlangen des evang. Kirchen-Kollegiums die Fahne sofort wieder einziehen und den etwa am Dache entstandenen Schaden vergütigen. Gegen diese Forderung remonstrirte S. schriftlich beim Kirchen-Kollegium und ersuchte: man möge davon abstehen, daß er die Fahne wieder abnehme, da er durch das Aufpflanzen derselben nur seine patriotisch deutsche Gesinnung habe an den Tag legen wollen, worin doch wohl, so wie in dem Wunsche, daß Deutschland endlich einmal unter Eine Fahne komme, das Kirchen-Kollegium mit ihm übereinstimmen werde; dem Dache sei übrigens kein Schaden entstan-

„Ein großer Theil der hiesigen Bürgerwehr wünscht, zugleich mit der Linie an der Paradeaufstellung vom 6. August Antheil zu nehmen, und hat zu diesem Zwecke bereits Schritte gethan.“

den und werde keiner entstehen, wie durch Zeugen erhärtet werden könne. — Ohne weiteren Bescheid auf seine bescheidene Vorstellung ließ das Kirchenkollegium am 19. d. des Nachmittags durch den kgl. präf. Lotterie-Einnehmer H. Wisfig, der seine deutsche Gesinnung wenigstens in der deutschen Kokarde offen zur Schau trägt, dessen Sohn und zwei andere Genossen nach Abholung der Schlüssel in Abwesenheit des S., bei dessen Frau und nach erfolgteröffnung der Kirche die Fahne herunternehmen, obgleich keine Behörde dazu ermächtigt hatte, ja selbst der Bürgermeister seine Zustimmung verweigert und aus Besorgniß möglichen Excesses von der That abgerathen hatte. Diesem Bedenken stellte Wisfig die Aeußerung entgegen: es ständen 50 Wächtern bereit, jeden Widerstand gewaltsam zu unterdrücken und zu züchtigen. Wisfig that, was er gesetzlich zu thun nicht berechtigt war, er verhöhnste sogar die deutschen Reichsfarben, indem er die Fahne neben dem Kinnsteine vor der Wohnung des Hrn. Bürgermeisters niederwarf, liegen ließ und mit den Genossen seiner That im Hochgefühl dessen, was er kühn vollbracht, triumphirend davon ging. — Könnte man nicht versucht werden zu glauben, es gelüste manche Menschen darnach Unruhe und Excesse hervorzurufen, innern Krieg zu entzünden und das Blut ihrer Mitbürger zu vergießen? Wir überlassen es dem Richterspruche der öffentlichen Meinung darüber zu entscheiden, ob ein Mensch, der eine solche Sprache, wie Hr. Wisfig führt, solche Handlungsweise sich erlaubt, noch auf den Namen eines deutschen Mannes Anspruch habe.

Jauernig, (Johannesberg) 24. Juli. [Der Feldzug der Nationalgarde.] Auch unsere Gegend hat ihre politische Bewegung gehabt, und unsere Nationalgarde einen Feldzug im Kleinen mit durchgemacht. — Bekanntlich waren die Patschkauer Kammeridörfer Obergostiz und Kamizüberschar durch einen öfters genannten zc. Langer gegen die Stadt Patschkau und die Bewohner von Weißwasser gegen die Grundbesitzerin Gräfin d'Ambly aufgeregt, und der lang bewährte Charakter dieser Leute für Recht, Ordnung und Friedfertigkeit war durch süße Verlockung zur höchsten Reizung und Unordnung umgewandelt worden. Die Entrüstung der Patschkauer Bürger war nicht gering, und deren bewaffnete Macht geneigt, die Aufständischen mit Pulver, Blei und dem Bajonnet zur Ordnung zu bringen, wenn nicht eine Verletzung der Grenze und demnach große Unannehmlichkeiten zwischen zwei befreundeten Staaten hätten vermieden werden müssen, um so mehr, als der Doppelaar endlich aus seinem lethargischen Schlummer erwacht und seine Fittiche nach allen Gegenden des Kaiserreichs, wo Gefahr droht, rauschend bewegt. — Kaum war daher von hier am geeigneten Orte die Meldung der aufrührerischen Vorfälle geschehen und ein militairisches Einschreiten nachgesucht, als auch sogleich drei Compagnien zu 230 Mann vom Infanterie-Regiment von Schönhals, dessen Stab in Krakau steht, in Eilmärschen herbeigezogen und von hier aus sich sofort auf den Schauplatz der Unordnung begaben. — Natürlich war dies eine passende Gelegenheit unsere hiesige Nationalgarde zu prüfen und ihr den ersten Grad der Schlachtweihe zu geben. Der Graf Major d'Ambly, aus der Heldenschule des Erzherzogs Karl und schon lange hier als Pensionär, ist der Anführer derselben. — Er hatte schon Tags vorher durch kräftige Rede nichts verabsäumt, um zum Mitmarsch und zur Unterstützung dieser Expedition aufzumuntern und beinahe alle Waffenfähigen in der Zahl von 150 ihre Zusage gegeben. — Aber über Nacht hatten ängstliche Mütter, strenge Gattinnen, fürsorgende Hausfrauen und zärtliche Geliebten oder vielleicht geheime Emissaire, die muthvolle Schaar durch Verbote gewaltig erkaltet und decimirt, und als die ersten Töne der Tuba erschallten, da stellten sich kaum Fünfsig. — Diesen Bürgergardien wurde nun die Ehre des Tages und der Theilnahme an der Exekution; es war ein erhebendes Moment, als dieselben dicht an der preußischer (Gostizer) Grenze vorübermarschirten, jenseits die Bürgerwehr Patschkau's aufgestellt fanden und durch Präsentiren der Gewehre geehrt und begrüßt wurden. — Der Feldzug war schnell abgemacht; die renitenten Landbewohner zerstreuen wie Spreu an der Luft, der Haupt-Rädelsführer Langer, der ehemalige Wildschütz Lauffer und noch drei andere waren bereits mittelst der Eisenbahn nach Wien entwichen, um wahrscheinlich in Mitte der akademischen Legion und des Sicherheits-Ausschusses, die noch immer den Ton angeben, Schutz zu suchen, und nur 8 Anführer konnten verhaftet und von der Nationalgarde nach Johannesberg ins Kriminalamt gebracht werden. Bereits ist der größte Theil dieser Truppen wieder abmarschirt; eine Compagnie nach Zuckmantel, wo sie von einer Compagnie aus Jägerndorf abgelöst und die dort in Garnison bleiben wird, eine Compagnie nach Schömburg und Friedenthal und nur eine ist in Weißwasser geblieben, bis die Unter-

*) In Düsseldorf wird dieser Wunsch bereits zur That. Der Polizeicommissar meldet man nämlich aus jener Stadt:

suchung beendet und ein Vergleich mit der Frau Gräfin d'Amby geschlossen worden ist. (Volkstf.)

Mannigfaltiges.

* In sehr lebendigen Bildern „aus der Reichsversammlung“ wird uns auch der so einflussreiche Klub im Speisesaal des Pariser Hofes zu Frankfurt geschildert. Wir verweisen deshalb auf die letzte Lieferung des Stuttgarter „Morgenblatts“ und greifen hier nur eine Scene heraus: Aus dem Gewirre ertönt jetzt eine rauhe Stimme. Wir wenden nach ihr den Kopf und nun sehen wir aufsteigend einen Greis mit langem weißen Bart; jetzt steht er auf dem Tisch und seine Gestalt ragt über die Köpfe hinweg. Ernst Ludwig Jahn ist diese abenteuerliche Gestalt, die uns die Zeit der Freiheitskriege, wie Pompeji die antike Welt, in etwas verwittertem Zustande überliefert. Beide lagen lange Jahre versunken unter vulkanischer Asche. Jahn eifert in seiner halb-spafshaften Weise gegen Republik und Republikaner; der Mann, vor welchem die deutschen Throne und Thronchen sich einst nicht sicher glaubten, stimmt jetzt seine alten morschen Schultern dem hereinbrechenden Umsturz entgegen und will die Monarchie stützen helfen, so gut er es vermag. Seine Lunge ist noch stark und manches scharfe Wort fliegt von der Zunge, weithin durch den Saal zu aller Hörer Ohren geschleudert. Eines dieser Worte trifft Arnold Ruge. Kaum hat Jahn geendet, so hebt sich aus dem wirren Knäuel der Köpfe das blonde Haupt eines kräftigen Mannes; spärliche Haare, ein mäßiger Schnurrbart, ein bleiches, ernstes Gesicht. Es ist Ruge selbst, der auf den Stuhl gestiegen ist, um vernommen zu werden. „Er sei Republikaner, sagt er, aber er wolle den Umsturz nicht. Das Volk habe in der überhasteten, gleichsam improvisirten Revolution der Märztag Alles erlangt, was es im Augenblicke gewollt; es sei bis zu den Thronen gedrungen, habe aber keinen Thron umgestoßen; vor den Thronen sei die Revolution still gestanden. Das sei nun aber eine schlechte Politik, welche dem Volke dasjenige aufdringen wolle, was es nicht verlange.“

— Nach einer Bekanntmachung in dem Staats-Anzeiger wird die Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen Stettin und Petersburg trotz der Cholera wie bisher fortbestehen.

Inserate.

General-Versammlung der konstitutionellen Zweigvereine Breslau's Freitag den 28. Juli Abends 7 Uhr im Lummert'schen Lokale, Neue Antonienstr. Nr. 4.

Bericht über die Verhandlungen des konstitutionellen Kongresses in Berlin.

Die freiwillige Btheiligung an der Staatsanleihe von 15 Millionen Thaler hat zwar in den letzten Tagen auf eine erfreuliche Weise zugenommen; dennoch bedarf es noch einer umfangreicheren Theilnahme an derselben, wenn die durch die Dringlichkeit des Geld-Bedürfnisses des Staates in Aussicht gestellte Zwangs-Anleihe vermieden werden soll.

Der Handelsstand der Stadt Breslau hat sich bei allen Gelegenheiten durch seinen Patriotismus und sein reges Interesse am Wohle des Vaterlandes ausgezeichnet, und sind wir daher der Ueberzeugung, daß es nur dieser Anregung bedarf, um ihn zu veranlassen, nach Kräften zu der freiwilligen Anleihe, für welche die hiesige königliche Regierungs-Hauptkasse Beiträge annimmt, beizusteuern zu wollen.

Wir machen aber auch auf die materiellen Vortheile aufmerksam, welche denjenigen zugesagt sind, die sich bei der am 10. August d. J. zum Schlusse kommenden freiwilligen Anleihe beteiligen, indem deren Beiträge mit 5 pCt. verzinst werden sollen, während der Zinsfuß der Zwangsanleihe auf nur 3 1/2 pCt. festgestellt ist.

Breslau, den 26. Juli 1848.

Die provisorische Handelskammer.

Aufforderung.

Zufolge des in der General-Versammlung vom 16. Juli angenommenen Beschlusses fordern wir die Herren Aerzte und Wundärzte Breslau's und der Umgegend hierdurch auf, sich **Samstag den 30. Juli**, Nachmittags um 3 Uhr, in dem Lokale der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur zu einer Vorberathung und Bildung eines Zweigvereines recht zahlreich versammeln zu wollen.

Der Central-Ausschuß des Vereins schlesischer Aerzte und Wundärzte.
Remer d. j., Vorsitzender.

Der Berliner Korrespondent zählt in seinem Bericht vom 23. d. M. über den Kongreß der konstitutionellen Vereine in Berlin auch Neisse als vertreten auf. Der unterzeichnete Vorstand erklärt hiermit, daß der hiesige konstitutionelle Verein keinen Deputirten zu jenem Congreß abgeordnet hat.
Neisse, den 26. Juli 1848.

Der Vorstand des konstitutionellen Vereins.

Um etwaigen Verwechslungen und Mißverständnissen zu begegnen, zeigen wir hiermit an, daß wir am 15ten d. M. einen Verein unter dem Namen: „Demokratischer Bruderverein Germania“ gegründet haben. Unsere Sitzungen sind öffentlich und werden im Wernig'schen Lokale (Vorwerksstr.) abgehalten.
Der unterzeichnete Vorstand:
R. Kunisch. W. Rückner. A. Klindert.
E. Klose. E. Lauster.

Nachstehende Beiträge sind ferner bei uns eingegangen.

Durch den Grafen von Brandenburg gesammelt: und zwar von Fräulein Neumann 2 Rtl.
Durch den Grafen von Burghaus gesammelt: Von dem Landraths-Amte zu Bunzlau 1 Rtl. Von der Brossischen Zeitungs-Expedition in Berlin 120 Rtl. 23 Sg. 4 Pf. Von dem Komite in Ebing eine Broche und 115 Rtl. 13 Sg. Von der Expedition der Königsberger Zeitung 12 Rtl. 18 Sg. 8 Pf., zusamm. 249 Rtl. 25 Sg.
Durch das Ober-Präsidium hieselbst gesammelt: Von der Expedition des Korrespondenten von und für Deutschland in Nürnberg in 4 Wechseln 481 Rtl. 4 Sg. Davon ab der Disconto-Verlust mit 1 Rtl. 29 Sg. und somit noch 479 Rtl. 5 Sg. Von dem Landrath v. Randow zu Wirsig, Regierungs-Bezirk Bromberg, gesammelt: 367 Rtl. 27 Sg. 2 Pf., hierunter waren 15 Rtl. alte, außer Kours gefesete Kassen-Anweisungen, und es kommen daher nur in Einnahme 352 Rtl. 27 Sg. 2 Pf. Von dem Landrath von Stotow zu Schleusingen, Regierungs-Bezirk Erfurt, gesammelt: 7 Rtl. 17 Sg. Von der königl. Regierungs-Hauptkasse in Rölln 9 Rtl. Von dem Ober-Präsidium der Provinz Sachsen abermals 30 Rtl. 7 Sg. 1 Pf. und 43 Rtl. 4 Sg. 1 Pf. Von dem Komite in Steinau nachträglich 1 Rtl. Von dem Landraths-Amte zu Weglar 41 Rtl. 20 Sg. 8 Pf. Von der Regierungs-Hauptkasse in Minden 1 Rtl. 10 Sg., zusamm. 966 Rtl. 1 Sg.

Durch den Schatzmeister des Komites, Kommerzienrath Ruffer gesammelt: Pfarrer Erdmann in Buk 2 Rtl. Landrath Schütte in Sferlohn 2 Rtl. 15 Sg. Amtmann Koffler in Hufen 6 Sg. Gemeinde Jütendorf bei Senftenberg 6 Rtl. 4 Sg. 6 Pf. Von dem königl. Hof-Post-Amte zu Berlin 1 Rtl. 5 Sg. Von der Zeitungs-Expedition in Posen 3 Rtl. 15 Sg. Von der Bürgermeisterei in Emmerich nachträglich 10 Sg. Durch das Ober-Post-Amte in Halle von R. 2 Rtl. Durch das Post-Amte in Bochum 9 Rtl. Durch die Post-Expedition in Call von dem Bürgermeister Reuter in Sötenich 14 Sg. 9 Pf. Von dem Pastor Dr. Schröder in Thorn gesammelt: 12 Rtl. Von dem Post-Amte in Erier 53 Rtl. 5 Sg. 11 Pf. Von dem Post-Amte in Arolsen 7 Rtl. 25 Sg. Von dem Post-Amte in Altenkirchen 15 Sg. Von der Brossischen Zeitungs-Expedition in Berlin 59 Rtl. 17 Sg. 6 Pf. Von dem Pfarrer Frederici in Rengersdorf bei Marltissa 4 Rtl. Von dem Hilfe-Komite in Braunschweig durch C. T. Pöbbeke u. Comp. 68 Rtl. 11 Sg. Von dem Fräulein Louise Kahle zu Westport in Irland durch den Partikulier Wulff 25 Rtl. Von dem Domainen-Amte Barientlein durch das dortige Post-Amte 3 Rtl. 11 Sg. Von dem geh. Kämmerer Schöning in Sanssouci 4 Rtl. Durch die Post-Expedition in Rychymol 17 Rtl. 25 Sg. Von der Kreisasse in Buk 1 Rtl. Aus Minden 1 Rtl. 27 Sg. 6 Pf. Von der Post-Expedition in Kaldenkirchen 25 Sg. Von dem Post-Amte in Soest 1 Rtl. 15 Sg. Von der Post-Expedition in Wabstatt 2 Rtl. 19 Sg. Von dem Pfarrer Fischer in Rheinfeld bei Danzig 4 Rtl., zusamm. 294 Rtl. 17 Sg. 2 Pf.
Durch das Ober-Post-Amte hieselbst gesammelt: Von dem Post-Amte Warendorf 16 Rtl. 21 Sg. 9 Pf. Von der Post-Expedition in Lindow 8 Sg. Von dem Ober-Post-Amte in Magdeburg 2 Rtl. 18 Sg. 10 Pf. Von dem Post-Amte in Bochum 3 Rtl. 3 Sg. 2 Pf. Von Neustadt-Eberswalde 24 Stück Legebücher für die Waisen in Ples. Von dem Grenz-Post-Amte in Krotoschin 8 Sg. Von der Post-Expedition in Bocholt 1 Rtl. 15 Sg., zusamm. 24 Rtl. 14 Sg. 9 Pf. Summa 1,536 Rtl. 27 Sg. 11 Pf.
Hierzu die unterm 17. Juni veröffentlichten 330,104 = 21 = 5 =
so daß also im Ganzen bis jetzt bei uns eingegangen sind 331,641 Rtl. 19 Sg. 4 Pf.
Breslau, den 21. Juli 1848.
Das Komite zur Wilerung des Nothstandes in Oberschlesien.

Theater-Nachricht.
Freitag: 31ste Abonnements-Vorstellung. Wegen baldiger Urlaubsreise des Herrn Meyer: „Der Wasserträger.“ Oper in 3 Akten, Musik von Cherubini.
Sonabend: 32ste Abonnements-Vorstellung. „Gustav“ oder „Der Maskenball.“ Große Oper mit Ballet in 5 Akten, Musik von Auber.

Loose zur zweiten und letzten Abonnements-Verlosung sind im Theater-Bureau in den gewöhnlichen Geschäftsstunden zu haben.

Entbindungs-Anzeige.
Die glückliche Entbindung seiner lieben Frau Ernestine, geb. Meyer, von einem munteren Knaben zeigt Freunden und Bekannten, statt jeder besonderen Meldung, hiermit an. Breslau, den 27. Juli 1848.
J. Cohn.

Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. um 8 1/2 Uhr des Morgens starb nach vierzehnwöchentlichem Krankenlager an Abzehrung unser innig geliebter Gatte, Vater, Bruder und Schwiegervater, der ehemalige Dekonom Herr Friedrich Heyn im 68ten Jahre seines Lebens. Dies zeigen wir tiefbetruert, statt jeder besonderen Meldung, theilnehmenden Verwandten und Freunden hiermit an.
Groß-Bargen, den 26. Juli 1848.
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
Am 24. Juli verschied am Nervenschlage unser treuer Mitarbeiter, der Bürger Herr David Schmelz. — Obwohl erst kurze Zeit in unserem Geschäft, so hat derselbe durch seine treue Berufserfüllung sich ein so ehrenvolles Denkmal erworben, das wir öffentlich anzuerkennen für Pflicht fühlen.
Breslau.
Seidel und Comp.

Den Herrn M. Krause, Lieutenant a. D., vormals Bahnhof-Inspektor zu Siegersdorf, ersuche ich, mir seinen Aufenthaltsort baldigst anzuzeigen.
Uttenhain, Eschirner Antheil, bei Bunzlau.
Neumann, Polzhändler.

Todes-Anzeige.
Am 20. d. M., früh 3 1/2 Uhr, verschied in Jauer in Folge eines Schlaganfalles mein guter Vater, der königl. Bataillons-Arzt a. D. Traugott Schoefinius, in seinem 75sten Lebensjahre.
Ples, den 26. Juli 1848.
Schoefinius, Apotheker.

Ein demerendes Leb-hoch!
dem Verfasser A. L. wegen seines wahren und unparteiischen Artikels an den Veteranen-Hauptverein in der gestr. Bresl. Ztg.
Dem hochgeehrten Einlander des unterm 22. Juli per Stadtpost an mich gelangten unbemannten Schreibens sage ich für die mir darin zu erkennen gegebenen menschlichen Gesinnungen hiermit meinen herzlichsten Dank. Breslau, 26. Juli 1848.
J. W.

Danksagung.
Allen den geschätzten Theilnehmern, dem verehrlichen Bataillon der Bürgerwehr, wie auch denen von einem hochlöbl. Magistrat gesandten Herren, welche die Güte hatten, die Leiche meines mir unvergeßlichen Mannes, des Schuhmachermeisters S. Köschel, mit so liebevoller Ehrenbezeugung und Theilnahme zur Ruhestätte zu geleiten, sage ich hiermit tiefgerührt mein innigsten Dank.
Breslau, den 27. Juli 1848.
Bermittwete Schuhmachermeister Köschel.

Ergebnisse-Anzeige.
Aus einer der besten Mappen-Fabriken ist mir ein Kommissions-Lager von großen Sattler- und Tischner-Mappen übertragen worden. Ich habe dieselben geprüft und versichere, daß es eine ausgezeichnete Waare ist. Ich erlaube mir daher, den Herren Sattlern und Riemern, so wie meinen Kollegen, den Herren Tischnern diese Mappen bestens zu empfehlen und stelle sie zur Ansicht in meinem Verkauf-Lokal, Albrechtsstraßen- und Ring- Ecke Nr. 1 aus.
Tapeten-, Polster- und Leder-Waaren-Handlung des Tapeziers F. Schadow.

Bekanntmachung.
Die in dem Johannis-Termin 1848 fällig gewordenen Zinsen von großherzoglich Posen'schen Pfandbriefen werden gegen Einlieferung der betreffenden Coupons und deren Spezifikationen vom 1. bis 16. August d. J., die Sonntage ausgenommen, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, in Berlin durch den unterzeichneten Agenten in seiner Wohnung (wo auch vom 20. d. M. die Schemata zu den Coupons-Spezifikationen unentgeltlich zu haben sind) und in Breslau durch den geheimen Kommerzien-Rath Herrn J. K. Kracker ausgezahlt.
Nach dem 16. August wird die Zinsenzahlung geschlossen und können die nicht erhobenen Zinsen erst im Weihnacht-Termin 1848 gezahlt werden.
Berlin, den 21. Juli 1848. F. Wart. Magnus, Behrnsstraße Nr. 46.

Von den beliebten
Pastilles digestives de Bilin,
sowie alle österreichischen Brunnen,
Homburger Elisabethquelle und Friedrichshaller Bitterwasser
empfangen wir gestern die erwarteten Sendungen.
F. W. Scheurich u. Straka,
Handlung natürlicher und künstlicher Mineralwasser,
Neue Schweidnitzerstr. Nr. 7, nahe der Promenade.

Um Irrungen vorzubeugen, erlaube ich mir mit Hinweisung auf die Anzeige vom 15. Juni d. J. in Nr. 139 der Bresl. und Schles. Zeitung ergebenst zu bitten, bei den an mich geschenehen Aufträgen und Zahlungen von meiner jetzigen Firma geneigtest Notiz nehmen zu wollen, wobei ich gleichzeitig mein en gros-Geschäft in Ober- und Nieder-Ungarweinen der reichhaltigsten Auswahl unter Zusicherung der billigsten Preise anempfehle.
Moriz Oppler, Comtoir am Rathhause Nr. 24.

Liebigs chemisches Düngesalz,
ist in Tonnen von 2 1/2 Ctr. à Tonne 5 Rtlr. bei Herrn F. W. Kramer, Büttnerstraße Nr. 30 zu bekommen.
C. F. Capann in Maffelwitz.

Weinessigsprit,
in stärkster Qualität, ist bei Herrn F. W. Kramer, Büttnerstraße Nr. 30, fortwährend auf Lager.
C. F. Capann in Maffelwitz.

Carl W. Wilms und Comp. in Eberfeld
empfehlen ihre
Expeditions- und Incasso-Geschäft.

